

Dreizehnte Sitzung – Treizième séance

Mittwoch, 20. März 1996

Mercredi 20 mars 1996

08.35 h

Vorsitz – Présidence:

Leuba Jean-François (L, VD)/Stamm Judith (C, LU)

95.061

«EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!». Volksinitiative

«Négociations d'adhésion à la CE: que le peuple décide!». Initiative populaire

Botschaft und Beschlusssentwurf vom 23. August 1995 (BBI IV 832)
Message et projet d'arrêté du 23 août 1995 (FF IV 820)

Kategorie II/IV, Art. 68 GRN – Catégorie II/IV, art. 68 RCN

Ordnungsantrag Keller

Behandlung in Kategorie II/III

Motion d'ordre Keller

Traitement en catégorie II/III

Keller Rudolf (–, BL): Es ist seit langer Zeit Usanz, dass der Nationalrat über Volksinitiativen zeitlich recht frei reden kann. Volksinitiativen zählen zu den höchsten demokratischen Werten, welche es in unserem Lande gibt. Ihre Behandlung im Parlament ist denn auch von grosser Wichtigkeit, egal, was sie inhaltlich fordern.

So war es denn auch selbstverständlich, dass letzte Woche die beiden Asyl-Initiativen in den Kategorien II/III behandelt wurden. Aber auch die Volksinitiativen «Jugend ohne Drogen» und «für eine vernünftige Drogenpolitik», welche unser Rat morgen behandeln wird, werden in diesen Kategorien behandelt.

Ja, ich gehe noch weiter: Mir ist eigentlich aus der letzten Zeit keine Volksinitiative bekannt, die nicht so offen behandelt wurde, als dass alle, die das wollten, aber auch alle direktbetroffenen Initianten, welche dem Rat angehörten, sich zu Wort melden konnten und die von ihnen gestellten Anträge auch mündlich begründen durften.

Da wir es bei Volksinitiativen mit einem hohen Rechtsgut unseres Bundesstaates zu tun haben, sind diese Redemöglichkeiten denn auch bei der Behandlung im Parlament sehr wichtig.

Auch wurden bisher nie Volksinitiativen in wichtigere und weniger wichtige abqualifiziert, indem den einen mehr Zeit zur Behandlung eingeräumt wurde und den anderen weniger. Bei der vorliegenden Volksinitiative scheint nun aber bezüglich Behandlungsweise parlamentarisches Neuland betreten zu werden, indem die Redemöglichkeit zu eventuellen Detailanträgen nicht gegeben ist. Das ist nicht in Ordnung und diskriminierend. Offenbar wird bei der Behandlung von missliebigen Volksinitiativen nach Ungültigerklärungen nun auch noch auf Diskussionsverweigerung und vor allem -einschränkung zurückgegriffen.

Diese Initiative von SD und Lega wendet sich nur dagegen, dass vom Bundesrat EU-Beitrittsverhandlungen geführt werden dürfen, wenn es das Volk nicht sanktioniert hat. Ich interpretiere die Redebeschränkung klar dahingehend, dass man

verhindern will, dass die Initianten dieses Anliegen im Rat angemessen vertreten können. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Beispiel nicht Schule macht. Ob Sie nun für den EU-Beitritt sind oder nicht, von Ihnen wird erhofft und auch erwartet, dass Sie die diskriminierende Festlegung der Redekategorie so ändern, dass man im Detail, also in Kategorie III, diskutieren kann.

Ich bitte Sie aus Gründen der demokratischen Fairness, diesem Ordnungsantrag zu entsprechen.

Im übrigen passt die Kategorie IV zur dürtigen und mickrigen Botschaft, die uns der Bundesrat vorgelegt hat. Kategorie IV bedeutet Diskriminierung, Kategorie IV bedeutet «Man spricht möglichst nicht im Parlament darüber»; Kategorie IV kann aber auch dazu führen, dass man dies dem Volk später, bei der Volksabstimmung, sehr deutlich sagt und auch sagt, dass man hier im Parlament nicht einmal mehr frei über eine Initiative reden kann.

Ich bitte Sie, diesem Ordnungsantrag zuzustimmen.

Le président: Considérant que le problème soulevé par cette initiative sera liquidé dans le débat général, le Bureau propose de le traiter en catégorie IV. Donc, catégorie II pour l'entrée en matière, et catégorie IV pour la discussion de détail.

M. Keller propose la catégorie III pour la discussion de détail.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Keller
Dagegen

30 Stimmen
84 Stimmen

Keller Rudolf (–, BL): Das hat zur Folge, dass wir künftig bei jeder Initiative einen Antrag auf Behandlung in den Kategorien II/IV stellen werden.

Antrag Ruf

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, einen Gegenvorschlag folgenden Inhalts auszuarbeiten:

Volk und Stände entscheiden im Rahmen einer Teilrevision der Bundesverfassung über die Frage, ob der Bundesrat befugt sein soll, Verhandlungen mit dem Ausland zu eröffnen bzw. zu führen, deren Ziel in der Aufgabe der Unabhängigkeit und Neutralität der Eidgenossenschaft liegt.

Proposition Ruf

Renvoi au Conseil fédéral

avec le mandat de présenter un contre-projet ayant le contenu suivant:

Le peuple et les cantons décident, dans le cadre de la révision partielle de la Constitution fédérale, si le Conseil fédéral est autorisé à entreprendre et à conduire des négociations avec l'étranger, dont le but est l'abandon de l'indépendance et de la neutralité de la Confédération.

Rychen Albrecht (V, BE), Berichterstatter: Am 21. Januar 1994 reichten die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi die Volksinitiative ein, die wir heute behandeln. Die Initiative trägt den Titel «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!». Sie kennen den Wortlaut aufgrund der Botschaft.

National- und Ständerat haben gemäss unserer staatlichen Ordnung bis zum 21. Januar 1998 Zeit, zu dieser Initiative Stellung zu nehmen.

Die Aussenpolitische Kommission hat sich an mehreren Sitzungen mit dieser Initiative auseinandergesetzt, und zwar vor allem auch verfahrensmässig. Man hat diskutiert, wann diese Initiative zur Behandlung kommen soll.

Es erübrigt sich jetzt, von der Kommission aus noch auf dieses Thema einzugehen, dies ganz einfach deshalb, weil wir diese Diskussion letzte Woche in unserem Rat geführt und einen Entscheid getroffen haben. Heute wird die Initiative behandelt. Damit ist die Diskussion über die Frage, wann zu entscheiden sei, obsolet.

Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 8./9. Januar dieses Jahres einen materiellen Entscheid getroffen. Er ist wie folgt ausgefallen: Die Kommission lehnt die Initiative mit 20 zu

1 Stimme bei 2 Enthaltungen ab. D. h., dass wir beantragen, Volk und Ständen die Verwerfung der Initiative zu empfehlen, dies ohne Gegenvorschlag.

Um auf die materiellen Fragen einzutreten: Wir Berichterstatter werden uns konsequent am Inhalt der Initiative orientieren und keine Diskussionsbeiträge zur Frage «Europa, ja oder nein – und allenfalls in welcher Form?» liefern.

Gemäss Artikel 102 der Bundesverfassung hat der Bundesrat die Interessen der Eidgenossenschaft nach aussen zu wahren, namentlich auch ihre völkerrechtlichen Beziehungen zu pflegen. Gestützt darauf kann der Bundesrat – wie er es bisher auch getan hat – Verhandlungen mit anderen Staaten oder mit Staatengemeinschaften führen. Das ist verfassungskonform.

Ein Abkommen, das die Regierung allenfalls aushandelt, muss je nach Inhalt den eidgenössischen Räten zur Genehmigung – im internationalen Sprachgebrauch: zur Ratifizierung – unterbreitet werden; wenn es eine Vorlage – ein Vertrag – ist, die z. B. zu einem Beitritt zu einer Organisation mit supranationalem Charakter führt, ist das obligatorische Referendum vorgeschrieben. Dabei stützen wir uns auf Artikel 89 Absätze 3, 4 und 5 der Bundesverfassung.

In diesem Sinne ist es ganz klar, dass der Bundesrat jeweils nur Verhandlungen führen kann, aber andere Organe sind danach zuständig, um den Vertrag zu genehmigen oder zu verwerfen. Unser institutionelles System sieht somit nicht vor, dass der Souverän, d. h. das Volk und die Stände, sich bereits mit einer Frage befassen muss, wenn die Eröffnung der Verhandlungen noch nicht erfolgt ist. Da ist das Volk nicht vorgesehen, um einzugreifen. Diese Praxis hat sich bis jetzt bewährt. Die Kommission ist mehrheitlich der Meinung, dass es keinen grossen Sinn ergibt, über den Eintritt in Verhandlungen abstimmen zu lassen, weil das Resultat dieser Verhandlungen, der Inhalt dieses Abkommens noch nicht bekannt sind.

In diesem Sinne ist die Kommission der Meinung, dass eine Volksabstimmung eigentlich erst dann einen Sinn macht, wenn die Resultate, auch allfällige präzise Gesetzes- oder Verfassungsänderungen vorliegen.

Die Kommission hat materiell eindeutig Stellung genommen. Wir sind mit dem Bundesrat der Meinung, dass diese Initiative der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi abgelehnt werden soll. Wir sind weiter der Auffassung, dass das von den Initianten vorgeschlagene Verfahren, dass Volk und Stände schon über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen befinden sollen, einer näheren Prüfung nicht standhält. Die Initiative hat eine Kompetenzverschiebung zum Thema, und diese Kompetenzveränderung zwischen Exekutive und Souverän schauen wir als nicht notwendig an. Die heutige Praxis hat sich bewährt.

Uns scheint klar, dass die Behandlung dieser Initiative nicht zu einer generellen Europadebatte führen sollte. Wir nehmen Stellung zum Inhalt dieser Initiative, und diese Initiative will die Kompetenzen zwischen Exekutive und Souverän neu regeln.

Wir bitten Sie, das auch in der Debatte zu beachten. Es macht keinen grossen Sinn, heute neben dem Inhalt der Initiative vorbeizudiskutieren, indem man sich über Pro oder Kontra eines EU-Beitritts auslässt.

Wir beantragen Ihnen mit 20 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk» abzulehnen und Volk und Ständen zur Verwerfung zu empfehlen, und zwar ohne Gegenvorschlag.

Ruffy Victor (S, VD), rapporteur: Dans sa nouvelle composition issue des élections du mois d'octobre 1995, votre Commission de politique extérieure a décidé, au début de l'année, à une courte majorité, de traiter l'initiative populaire des Démocrates suisses et de la Lega dei Ticinesi, intitulée «Négociations d'adhésion à la CE: que le peuple décide!».

Désireuse de lever une des nombreuses hypothèses qui planent sur la problématique Suisse/Europe, la majorité de la commission a estimé que l'ajournement des discussions du message du Conseil fédéral, datant du mois d'août 1995, ne se justifiait pas. Certains membres de la commission auraient

préféré traiter simultanément l'initiative des Démocrates suisses et de la Lega dei Ticinesi et l'initiative populaire «pour notre avenir au coeur de l'Europe», lancée par le mouvement Né le 7 décembre. La majorité de la commission a cependant jugé qu'il n'y avait pas d'inconvénients à dissocier les deux initiatives, ceci d'autant plus que l'on peut imaginer un éventuel retrait de l'initiative populaire «pour notre avenir au coeur de l'Europe» lancée par le mouvement des jeunes, au cas où la seconde initiative populaire, intitulée «Oui à l'Europe» du mouvement Né le 7 décembre recueillerait le nombre de signatures suffisant. Nous nous cantonnerons donc strictement au traitement de l'initiative populaire «Négociations d'adhésion à la CE: que le peuple décide!», et strictement à cet objet.

De quoi s'agit-il? Disons d'emblée qu'en visant uniquement à soumettre au peuple et aux cantons le principe même de négociations avec la CE, ni l'unité de la forme, ni celle de la matière ne peuvent être contestées. La seule question qui nous est posée porte sur le fond: voulons-nous, oui ou non, un changement dans la répartition des responsabilités et des compétences prévues par la constitution en matière de politique étrangère telles qu'elles sont définies aux articles 102 chiffre 8, 85 chiffre 5 et 89 alinéa 5?

Pour ce qui a trait à l'essence même démocratique, en la matière, la constitution prévoit qu'un traité d'adhésion à une organisation internationale, telle la CE – ou l'Union européenne aujourd'hui –, est soumis au référendum obligatoire du peuple et des cantons. Le peuple et les cantons ont et auront le dernier mot. La seule nouveauté intervenue dans la conduite de la politique étrangère est due à l'article 47bis a – et ça nous concerne –, qui est celui de la loi sur les rapports entre les Conseils, qui, sans aller jusqu'à un partage des responsabilités et des compétences, va dans le sens d'une plus grande concertation en associant obligatoirement les Commissions de politique extérieure en cas de négociations d'adhésion. Le Parlement a ainsi la faculté d'exercer de manière plus ou moins directe son influence sur tout le processus négociatoire.

Par ailleurs, le Conseil fédéral s'est engagé à procéder à des consultations auprès des cantons par le biais du groupe de contact Confédération/cantons et la nouvelle Conférence des gouvernements cantonaux. En outre, le Conseil fédéral est conscient que l'ouverture de négociations relatives à l'intégration multilatérale de la Suisse dans l'Union européenne ne peut se faire qu'en fonction des conditions de politique intérieure et extérieure. C'est ce qu'il a expressément déclaré dans son rapport du 29 novembre 1993 sur la politique extérieure de la Suisse dans les années nonante.

Faut-il aller plus loin, peut-on aller plus loin sans paralyser le système?

Ce que le système actuel ne prévoit pas, c'est que le souverain soit saisi lorsque se pose la question de l'opportunité d'ouvrir des négociations, et pour cause! Est-ce vraiment au peuple de juger de l'opportunité d'entreprendre telle ou telle initiative sur le plan extérieur, d'avoir la responsabilité de provoquer au bon moment des mouvements de rapprochement, des demandes d'adhésion à tel ou tel ensemble communautaire?

Sans apporter un accroissement significatif à la démocratie, un tel report de compétences conduirait inévitablement à l'atrophie totale de la politique étrangère, c'est en tout cas l'avis de la très grande majorité de votre commission. C'est bien la menace de paralysie que comporte l'initiative des Démocrates suisses et de la Lega dei Ticinesi que souhaitent écarter les membres de la Commission de politique extérieure en refusant cette initiative.

Avant de conclure, il est peut-être utile de rappeler que le contenu de l'initiative populaire que nous discutons aujourd'hui avait fait l'objet de deux initiatives parlementaires présentées par M. Mornioli au Conseil des Etats et par M. Ruf dans notre Conseil. La teneur en était identique, et nos deux Conseils avaient, alors déjà, refusé d'y donner suite.

Au nom de la très forte majorité de la commission, qui a décidé le rejet de l'initiative sans contre-projet, par 20 voix

contre 1 et avec 2 abstentions, je vous invite à en faire de même, suivant en cela le projet du Conseil fédéral.

Ruf Markus (–, BE): Im Namen der Schweizer Demokraten beantrage ich Ihnen, den Bundesbeschluss an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, einen Gegenvorschlag des folgenden Inhalts auszuarbeiten: Volk und Stände sollen im Rahmen einer besonderen Teilrevision der Bundesverfassung über die Frage entscheiden, ob der Bundesrat tatsächlich befugt ist, Verhandlungen mit dem Ausland zu eröffnen bzw. zu führen, deren Ziel per definitionem in der Aufgabe der Unabhängigkeit und Neutralität der Eidgenossenschaft liegt.

Es ist Ihnen bestens bekannt, dass Schweizer Demokraten und Lega dei Ticinesi sowohl einen EWR- als auch einen EU-Beitritt der Schweiz aus grundsätzlichen Überlegungen entschieden ablehnen, weil damit existenzbedrohende Nachteile für unser Land verbunden wären. Mit Bestürzung mussten deshalb wir und breiteste Kreise des Schweizervolkes Mitte Mai 1992 vom Beschluss des Bundesrates Kenntnis nehmen, bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel ein Gesuch der Schweiz um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen einzureichen. Dem Vernehmen nach mit der knappen Mehrheit von 4 zu 3 Stimmen hatte der Bundesrat damit einen Prozess eingeleitet, dessen Ziel letztlich – man muss es klar und deutlich festhalten – in der Selbstaufgabe der Schweiz als unabhängiger Staat liegt, und dies ohne das Volk zu befragen.

Die Empörung im Schweizervolk ob dieses eigenmächtigen Schrittes war verständlicherweise sehr gross. Nur wenige Tage nach dem bundesrätlichen Beschluss entschieden deshalb Schweizer Demokraten und Lega dei Ticinesi, sofort zu handeln und gegen den übereilten EG-Kurs des Bundesrates anzutreten. Beschlossen wurde die vorliegende eidgenössische Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!». Das Volksbegehren verlangt in einem neuen Artikel der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung, dass sämtliche zum Zeitpunkt der Annahme der Initiative eingeleiteten Beitrittsverhandlungen abgebrochen werden. Neue Verhandlungen könnten nur mit Zustimmung von Volk und Ständen aufgenommen werden. Dem über 50köpfigen Patronatskomitee gehören Parlamentarier aller Stufen und aus verschiedenen Parteien sowie weitere bekannte Persönlichkeiten an. Namentlich genannt seien der frühere EVD-Generalsekretär und Muba-Generaldirektor Frédéric Walther sowie der populäre ehemalige TV-Redaktor und Präsentator Wylsel Gyr.

Mit der Volksinitiative wenden wir uns nicht bloss gegen den bundesrätlichen EU-Integrationskurs im allgemeinen, sondern insbesondere auch gegen die Verfassungsverletzung, die der Bundesrat durch die eigenmächtige Einreichung des Gesuchs begangen hatte.

Der Bund hat laut Artikel 2 der Bundesverfassung als erstgenannten Zweck die «Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen». Der Kommentar von Professor Jean-François Aubert zu Artikel 2 der Bundesverfassung hält unmissverständlich fest: «Er» – dieser Zweck – «stellt den vordringlichsten Zweck des Staates dar: Der Staat muss zuerst bestehen und nach Möglichkeit die Entscheidungsfreiheit über sein Schicksal bewahren, bevor er sich andere Zwecke vornehmen kann.»

Gemäss Artikel 102 Ziffer 9 der Bundesverfassung hat der Bundesrat «innert den Schranken der gegenwärtigen Verfassung» explizit «für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz» zu wachen. Damit wird auch der aussenpolitischen Kompetenz des Bundesrates nach Artikel 102 Ziffer 8 der Bundesverfassung ein klarer materieller Rahmen gesetzt.

Es handelt sich bei EU-Beitrittsverhandlungen unbestreitbar keineswegs um irgendwelche routinemässigen Verhandlungen mit dem Ausland, ganz im Gegenteil. Der vom Bundesrat angestrebte Beitritt zur supranationalen EU, wie sie heute heisst, die – erst recht mit den Maastrichter Verträgen – eine politische Union anstrebt und aus den verschiedensten europäischen Völkern einen Eintopf machen will, würde für unser

Land zwingend den Verlust der Unabhängigkeit und damit eben – wie es Jean-François Aubert formuliert – «der Entscheidungsfreiheit über sein Schicksal» bedeuten.

Das Resultat solcher Verhandlungen, lieber Kollege Rychen, ist damit von vornherein klar. Allenfalls noch offene Modalitäten sind nebensächlich.

Durch die Aufnahme von Verhandlungen, deren Ziel in der Aufgabe der Unabhängigkeit liegt, würde der Bundesrat nicht nur die Verfassung missachten, sondern auch seinen Amtseid. Dieser verpflichtet ihn wie auch uns, das Parlament, unter anderem dazu, «die Verfassung des Bundes treu und wahr zu halten» sowie «die Unabhängigkeit des Vaterlandes zu schützen und zu schirmen».

Ob die Schweiz wirklich den Weg in Richtung Preisgabe der Unabhängigkeit und Neutralität beschreiten soll, darf nach Ansicht von Schweizer Demokraten und Lega dei Ticinesi aus verfassungsrechtlichen und aus staatspolitischen Gründen keinesfalls die Regierung allein beschliessen. Eine für die Zukunft unseres Landes derart existentielle Entscheidung, die gleichzeitig eine Umgehung der Bundesverfassung bedeutet, darf nur vom Verfassungsgeber selbst, d. h. von Volk und Ständen, getroffen werden. Genau dies will unsere Initiative erreichen. Sie will den Bundesrat und sein verfassungswidriges Vorgehen stoppen. Der Souverän soll sich selbst zur Aufnahme von EG- bzw. EU-Beitrittsverhandlungen äussern können.

Eine Annahme der Initiative wäre eine klare Abfuhr für den Bundesrat und massiver Sand im Getriebe seiner EU-freundlichen Politik. Wir wollen verhindern, dass jahrelang während Beitrittsverhandlungen eine einseitige Propaganda – u. a. des Bundes und mit Steuermillionen finanziert – auf das Schweizervolk niederprasselt und der Versuch einer Indoktrination unternommen wird.

Die dargelegte Grundsatzfrage kann vom Souverän jedoch auch generell anstatt nur am Beispiel von EU-Beitrittsverhandlungen entschieden werden, wenn er dazu im Rahmen einer entsprechenden Teilrevision der Bundesverfassung Gelegenheit erhält, wie dies der Rückweisungsantrag verlangt.

Wir sind überzeugt, dass Volk und Stände der bundesrätlichen Meinung, Verhandlungen jeglicher Art führen zu können, auch solche, deren Ziel in der Aufgabe der Unabhängigkeit und Neutralität liegt, eine klare Abfuhr erteilen werden. Nötig ist aber diesbezügliche Klarheit.

Selbstverständlich fordern wir den Bundesrat an dieser Stelle mit allem Nachdruck erneut dazu auf, das unselige Beitritts-gesuch in Brüssel umgehend zurückzuziehen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Schweiz im Rahmen der bilateralen Verhandlungen gerade wegen des hinterlegten Begehrens in der Brüsseler EU-Zentrale von Beginn weg viel an Glaubwürdigkeit preisgegeben hat. Das Gesuch ist leider eine schwere Hypothek für die erfolgreiche Vertretung vitaler schweizerischer Interessen.

Ich ersuche Sie aus den dargelegten Gründen, dem Rückweisungsantrag zu folgen oder aber bei Artikel 2 des Bundesbeschlusses Volk und Ständen die Annahme der Initiative zu empfehlen.

Vollmer Peter (S, BE): Man könnte sagen: Endlich können wir über die Lega-Initiative und ihren Inhalt sprechen, nachdem bisher immer nur taktische Erwägungen über den Behandlungszeitpunkt und über allfällige Folgen zur Debatte standen. Es zeigt sich heute, und das scheint mir ganz wichtig zu sein, dass die Beurteilung dieser Volksinitiative völlig losgelöst von allen anderen integrationspolitischen Fragen möglich ist. Diese Debatte ist nicht der Anlass einer integrationspolitischen Standortbestimmung, weil die Lega/SD-Initiative, unabhängig vom integrationspolitischen Szenario, nicht akzeptabel ist. Was auch immer mit den bilateralen Verhandlungen geschieht, was auch immer mit möglichen Optionen betreffend «EWR II» geschieht, was auch immer in bezug auf das Beitritts-gesuch geschieht: Über die möglichen integrationspolitischen Hypothesen haben wir uns bei der Behandlung dieser Initiative gar nicht auszusprechen, da die Initiative zu all diesen Szenarien keinen Beitrag leisten kann

und unabhängig von all diesen Szenarien ganz klar abgelehnt werden muss.

Die bisherigen Auseinandersetzungen über diese Initiative sprechen auch für sich: Die Verschiebungsmanöver wurden teilweise von den Initianten selber unterstützt, und jetzt kommt ein diffuser Gegenantrag von seiten der Initianten, ein Rückweisungsantrag mit einem Gegenvorschlag. Der zeigt, dass die Initianten offenbar jetzt selber merken, dass ihre Initiative absolut schwach ist und so vom Schweizervolk in keiner Weise akzeptiert wird.

Die Begründung der Initianten, mit der Initiative könne man den Volkswillen respektieren, hat uns Herr Ruf vorher noch einmal zu dozieren versucht. Wir meinen, dass diese Begründung völlig unsinnig sei. Die heutigen Verfassungsbestimmungen sind absolut eindeutig und klar. Das Schweizervolk und die Stände werden in jedem Fall über die Beitrittsfrage entscheiden können, und zwar nach Abschluss von allfälligen Verhandlungen, wenn sie denn je geführt werden. Das ist eine ganz klare, verfassungsmässige Vorgabe. Der Volkswille wird also in jedem Falle respektiert. Daran müssen wir überhaupt nichts ändern, dazu braucht es keine Initiative. Die Lega/SD-Initiative enthält hingegen so, wie sie sich als Garant der Demokratie aus gibt, gerade unter demokratiepolitischen Aspekten eine sehr fragwürdige Dimension. Sie verlangt nämlich, dass man bereits vor Aufnahme von Verhandlungen abstimmen soll.

Was bedeutet das im Klartext? Das bedeutet, dass man abstimmen soll, bevor konkrete Ergebnisse vorliegen. Man will abstimmen, bevor die genauen Bedingungen, bevor die Konsequenzen von Verhandlungen absehbar sind. Hofft man damit etwa, in einer Abstimmung die Gegner eher noch gewinnen zu können, weil man überhaupt noch nicht weiss, was dann die konkreten Folgen einer solchen Verhandlung für die Schweiz bedeuten würden?

Im weiteren werden von den Initianten nur Gründe vorgebracht, welche die Beitrittsfrage an sich betreffen. Ich glaube, darauf müssen wir heute gar nicht eintreten. Es ist zwar ihr absolutes Recht, hier gegen einen möglichen EU-Beitritt anzutreten, doch daraus lässt sich – ich meine, das ist wichtig – überhaupt nicht ableiten, dass man jetzt deswegen eine Vorabstimmung braucht. Es geht heute einzig und allein um die Frage, ob es Sinn macht, eine Vorabstimmung durchzuführen, bevor das Schweizervolk in jedem Fall über die Beitrittsfrage abstimmen kann.

Wir sehen nicht ein, weshalb diese zusätzliche Abstimmung demokratisch Sinn machen könnte. Diese Kompetenzverschiebung vom Bundesrat zum Volk bei der Frage der Verhandlungsaufnahme ist, im Gegenteil, demokratiepolitisch sogar sehr fragwürdig, weil wir dann Abstimmungen ins Blaue hinaus haben, ohne bereits konkrete Ergebnisse zu kennen.

Das Fazit kann deshalb für uns nur lauten: Wir müssen diese Initiative klar ablehnen. Es hat hier überhaupt keinen Platz für einen Gegenvorschlag. Herr Ruf konnte auch keinen einigermaßen vernünftigen Gegenvorschlag skizzieren. Dieses hilflose Manöver offenbart offensichtlich die Schwäche der Initianten. Die SP-Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb geschlossen und einstimmig, diese Initiative abzulehnen.

Die Ängste vor einer Volksabstimmung sind unseres Erachtens bei dieser Initiative absolut unbegründet. Die EU-Verkehrsminister, die mit ihren Forderungen gegenüber der Schweiz nach unserer Meinung inhaltlich eher ein bisschen querlagen, haben letzte Woche in einem Punkt eine sehr zutreffende Äusserung gemacht. Sie haben die Schweiz nämlich aufgefordert, zu ihren Volksrechten zu stehen. Zu diesen Volksrechten gehört auch das Referendum. Wir sollten zu diesen Volksrechten stehen und dem Schweizervolk erklären, dass diese Lega/SD-Initiative eben keinen Sinn mache, dass sie überflüssig und sogar demokratie- bzw. abstimmungspolitisch fragwürdig sei. Das wissen auch die Initianten, und deshalb versuchen sie offenbar, mit diesen Verzögerungen und Gegenvorschlagstaktiken Zeit zu gewinnen.

Die Haltung des Bundesrates in dieser Frage – wir nehmen das mit Genugtuung zur Kenntnis – ist absolut richtig und kor-

rekt. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft unmissverständlich klargelegt, dass es bei dieser Initiative nicht um einen Entscheid in der Integrationspolitik gehen kann, sondern einzig und allein darum, zusätzliche Verfahren einzuführen, die an sich gar keinen Sinn machen. Die Rechte und die Mitwirkung des Volkes bleiben bei einem Beitritt gemäss unserer heutigen Verfassungskonstruktion hundertprozentig gewahrt.

Haken wir deshalb diese Initiative ab! Das Volk wird uns hier nicht im Stich lassen. Dann wird auch wieder Raum sein, Diskussionen und Abstimmungen über die Inhalte der Integrationspolitik zu führen.

Das sind die Gründe, weshalb Ihnen die SP-Fraktion einhellig die Ablehnung dieser Initiative empfiehlt und Ihnen auch jeglichen Gegenvorschlag, wie er hier hilflos skizziert worden ist, zur Ablehnung empfiehlt.

Ruf Markus (–, BE): Ich gehe natürlich nicht auf die demagogischen Vorwürfe meines Vorredners ein. Ich möchte nur sachlich berichtigen: Es handelt sich nicht um eine Lega-Initiative, sondern um eine gemeinsame Initiative von Schweizer Demokraten und Lega dei Ticinesi.

Nabholz Lili (R, ZH): Die FDP-Fraktion lehnt die vorliegende Initiative ab und empfiehlt Ihnen auch, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Die vorliegende Initiative ist mehr als fragwürdig. Der Bundesrat soll, bevor er auch nur auf den Gedanken kommen könnte, einen Schritt weiter Richtung Europa zu tun, bereits um das Einverständnis von Volk und Ständen ersuchen. Das heisst letztlich nichts anderes, als Optionen der Schweiz auf weitere Integrationsschritte auf Vorrat hin zu verbauen.

Vieles ist aber nicht nur in unserem Land, sondern auch in der Europäischen Union im Fluss. Niemand weiss, ob die aktuellen bilateralen sektoriellen Verhandlungen das gewünschte Ergebnis zeitigen werden. Warum will man also dem Bundesrat verbieten, auch nur Verhandlungen aufzunehmen, falls der Bilateralismus in der Sackgasse endet und sich das Abseitsstehen für unser Land als schädlich erweisen würde?

Es ist eigentlich paradox: Die Initianten sehen sich sehr oft als Gralshüter des Schweizertums. Dabei kann man sich eigentlich nichts Unschweizerischeres als diese Initiative vorstellen. Unsere schweizerische Politik, ob es Innen- oder Aussenpolitik sei, zeichnet sich doch durch Pragmatismus aus. Und zu diesem Pragmatismus gehört als zentrales Element, dass man sich Handlungsfreiheit bewahrt und die Interessen optimal und zeitgerecht wahren will. Genau dem widerspricht die Initiative, weil sie nichts anderes will, als Optionen von vornherein zu «vernageln». Der Gestaltungsraum unserer Regierung, aber auch dieses Parlamentes in einer für unser Land besonders bedeutungsvollen Frage wird willkürlich eingeengt – noch mehr eingeengt, als er es in unserer Referendumsdemokratie ohnehin schon ist.

Die Mitsprache des Volkes in der Aussenpolitik ist zu Recht verfassungsmässig durch das Staatsvertragsreferendum gewährleistet. Die Möglichkeit mitzureden bietet die Chance, dass das Interesse, aber auch die Information breiter Bevölkerungsschichten zu diesem eminent wichtigen Thema zunehmen. Die Initiative geht allerdings in dieser Richtung entschieden zu weit, weil sie unsere bewährte Ordnung auf den Kopf stellt. Mit der Initiative soll nämlich der Souverän zum ersten Mal nicht nur über das Resultat eines politischen Prozesses befinden können, sondern er soll sich schon einmischen können, wenn es darum geht, ob dieser Prozess überhaupt in Gang gesetzt werden darf oder nicht.

Sollte dieses Beispiel Schule machen, dann wäre der völlige Stillstand, ja die Blockade, in der Politik vorprogrammiert. Und das läuft auf eine klare Obstruktionspolitik hinaus, die wir nicht unterstützen können. Führung der Aussenpolitik verlangt Aktionsfreiheit. Diese Initiative macht unser Land – trotz gegenteiliger Beteuerung der Initianten – weder freier noch unabhängiger. Sie bindet, im Gegenteil, nur unnötigerweise unsere Hände, weil sie «Weichen» nicht mehr stellbar macht, die allenfalls zeitgerecht gestellt werden müssen.

Deiss Joseph (C, FR): Il faut prendre l'initiative des Démocrates suisses et de la Ligue des Tessinois pour ce qu'elle est, c'est-à-dire une révision institutionnelle qui vise à modifier la répartition des compétences en matière de politique étrangère. Elle veut s'écarter du principe, pourtant ancré dans notre constitution à l'article 102 chiffre 8, selon lequel le Conseil fédéral «veille aux intérêts de la Confédération au-dehors, notamment à l'observation de ses rapports internationaux, et il est, en général, chargé des relations extérieures».

Le groupe démocrate-chrétien estime que la disposition actuelle a fait ses preuves. Elle est conforme à la pratique internationale qui veut que ce soit l'exécutif qui est responsable de la politique extérieure. Cette solution ne porte d'ailleurs pas atteinte aux droits démocratiques puisque, en cas d'adhésion aussi, Parlement et peuple interviendraient de diverses façons. Je vous rappelle: participation du Parlement en vertu des nouvelles dispositions de participation à la politique extérieure, approbation bien sûr par le Parlement d'un éventuel accord, enfin approbation par le peuple et les cantons au moyen du suffrage universel.

Songeons un instant aux conséquences pratiques d'un tel système: un gouvernement émasculé, qui devrait d'abord poser une sorte de question de confiance, et un premier débat pourri qui s'ensuivrait, puisqu'il porterait sur un dossier inconnu.

Sur la foi de ces arguments, il n'y a pas de raison de modifier la répartition constitutionnelle des compétences en matière de politique extérieure. Aucun argument sérieux ne pourrait nous inciter à le faire, et l'initiative doit être rejetée clairement. Il n'y a pas non plus de place pour un éventuel contre-projet, la question étant réglée à satisfaction dans notre loi fondamentale.

Le groupe démocrate-chrétien estime aussi qu'il ne faut pas prendre l'initiative pour ce qu'elle n'est pas, et pour ce que les initiants voudraient qu'elle soit. En effet, il ne s'agit pas d'un vote anticipé sur l'adhésion, et il n'y a pas de dossier qui permette qu'un tel débat puisse avoir lieu. Bien sûr, il peut être tentant pour les adversaires d'une adhésion à l'Union européenne d'avoir un débat anticipé qui se déroule dans les conditions les plus mauvaises, c'est-à-dire sans bases concrètes, et à un moment où le problème ne se pose pas.

Il importe donc de ne pas tomber dans ce piège et de démontrer que le Parlement est capable de traiter de manière objective d'une question institutionnelle.

Enfin, cette initiative ne présente pas de lien non plus avec les négociations bilatérales ou d'autres sujets d'intégration européenne, puisqu'elle se focalise sur d'éventuelles négociations d'adhésion. Raison de plus de ne pas lui opposer un quelconque contre-projet. D'ailleurs les initiants ne semblent pas très sûrs de leur affaire, puisqu'à la dernière minute ils bricolent une idée de contre-projet et demandent le renvoi au Conseil fédéral, tout en recommandant l'acceptation de l'initiative. Une belle incohérence!

Mais le contre-projet nous renseigne aussi sur la naïveté des intentions des initiants, qui croient qu'un splendide isolement suffit pour garantir notre indépendance et qui n'ont pas compris que tout ce qui se passe en Europe, que nous le voulions ou pas, que nous soyons membres ou pas, nous concerne et nous touche dans notre propre liberté d'action. C'est d'ailleurs dans cette optique-là que le Conseil fédéral doit, c'est vrai, défendre l'indépendance de notre pays, y compris en engageant des négociations d'adhésion dans ce but s'il le juge nécessaire.

Thür Hanspeter (G, AG): Ich bin mit meinen Vorrednern und Vorrednerinnen einig. Trotz des verhänglichen Titels geht es heute nicht um eine EU-Debatte. Ich hoffe, dass sich auch die nachfolgenden Redner und Rednerinnen hier mit der grundsätzlichen Problematik, die mit dieser Initiative verbunden ist, auseinandersetzen und nicht in die Falle einer EU-Debatte laufen.

Es geht heute um die staatspolitisch bedeutsame Frage, wer in diesem Land die Verantwortung für die Aussenpolitik trägt und in welchem Masse und in welcher Phase unser Volk in diesen Meinungsbildungsprozess einbezogen werden soll.

Als vehemente Verfechter unserer direktdemokratischen Institutionen und insbesondere der Volksrechte – ich erinnere Sie daran, dass wir uns letzte Woche trotz des unmöglichen Inhalts vehement für eine Teilungültigkeit der SD-Initiative eingesetzt haben – kommen wir zur dezidierten Auffassung, dass diese Initiative für unsere direkte Demokratie keinen Gewinn bedeutet, sondern, im Gegenteil, gefährlich und kontraproduktiv ist.

Das geltende Verfassungsrecht gibt unserem Volk in ausserpolitischen Belangen hervorragende Mitwirkungsmöglichkeiten. Das ist im internationalen Vergleich einzigartig und muss an dieser Stelle klar und deutlich herausgestrichen werden. Mit dem Staatsvertragsreferendum können wir uns nicht nur zum Beitritt zu supranationalen Organisationen äussern, sondern wir können uns darüber hinaus zu einer Reihe von völkerrechtlichen Verträgen vernehmen lassen, die unbefristet und unkündbar sind, die den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen oder eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbeiführen. Kein Land weltweit hat in ausserpolitischen Belangen ein derart weitreichendes Mitwirkungsrecht – das muss mit aller Klarheit und Vehemenz betont werden.

Die SD/Lega-Initiative ist absurd und unpraktikabel. Absurd ist sie, weil sich das Volk in einem Zeitpunkt mit einer ausserpolitischen Frage auseinandersetzen müsste, in welchem die Bedingungen dieses Beitritts völlig unbekannt sind. Es ist eine Frage in das Nichts hinaus. Unpraktikabel ist der Vorschlag deshalb, weil der Bundesrat dann, wenn das Volk diesen Auftrag geben würde, eigentlich nicht weiss, in welche Richtung er die Verhandlungen führen soll. Er hätte nur den generellen Auftrag, das zu tun – aber wohin die Reise gehen soll, weiss er nicht. Wenn man das ändern wollte, müsste man dem Volk gleichzeitig mit der Grundsatzfrage das Verhandlungsmandat unterbreiten. Man müsste ihm sagen, mit welchen Rahmenbedingungen, mit welchen Perspektiven der Bundesrat in die Verhandlungen gehen möchte. Wenn man sich das überlegt, sieht man, wie absurd dieser Vorschlag ist. Das hiesse, dass die Aussenpolitik in unserem Land künftig über die Volksbefragung stattfinden würde. Wenn man die direkte Demokratie ernst nimmt und sie mit einer solchen Initiative nicht ad absurdum führen will, muss man hier Klarheit schaffen und diese Initiative ablehnen. Die Initianten haben offensichtlich die Mechanismen unserer direkten Demokratie nicht richtig verstanden. Bei uns hat das Volk nicht das erste Wort, sondern das letzte.

Aus all diesen Gründen sind wir der Auffassung, dass die Initiative abzulehnen ist. Sie ist unverantwortlich, weil sie bewährte Prinzipien unserer direkten Demokratie aushöhlt, unser Land in den Immobilismus treibt und unsere Institutionen der Lächerlichkeit preisgibt.

Ich bitte Sie deshalb, die Initiative abzulehnen.

Eggly Jacques-Simon (L, GE): D'abord un mot sur la toile de fond politique et diplomatique: actuellement, il n'y a pas de négociations en vue de l'adhésion. Le but de l'adhésion, sans le moindre calendrier, a été affirmé et notre Parlement en a pris acte. Une demande est déposée à Bruxelles, mais elle est suspendue et le mieux, de l'opinion du groupe libéral, c'est de ne pas s'en occuper, c'est-à-dire ni de la retirer, ni de l'activer pour le moment. Nous en sommes à des négociations bilatérales. Il y aura un résultat ou pas de résultat. On jugera sur pièces, ensuite on verra.

Dans notre ordre constitutionnel, c'est le Conseil fédéral qui conduit la politique étrangère, qui en a l'initiative. Le Parlement a, depuis peu, une coresponsabilité renforcée dans ce domaine, mais qui n'enlève pas au Conseil fédéral sa responsabilité d'initiative. En matière de politique étrangère, la démocratie directe est chose vraiment délicate. Il est non seulement dans l'ordre des compétences, mais il est normal, il est logique, il est indispensable que l'intervention du peuple dans ce domaine soit a posteriori, sur la base d'un projet précis, d'un projet développé, les conséquences du projet étant expliquées et analysées.

Ainsi, par exemple, en l'occurrence, l'adhésion éventuelle de la Suisse à l'Union européenne se présentera selon des mo-

dalités, avec des délais d'adaptation. Il s'agira probablement d'une intégration dans l'Union européenne à plusieurs vitesses. Nous verrons donc dans quel groupe de pays il serait question d'adhérer. Ce sera donc le résultat de négociations, et seul ce résultat pourra être à la base d'un débat démocratique sur la question de l'adhésion. Nous n'avons donc pas ici à entamer un débat sur le fond, un débat européen, sauf pour dire ceci: les Démocrates suisses et la Lega dei Ticinesi veulent – c'est évident, c'est cousu de fil blanc – par ce moyen paralyser le Gouvernement. Ils veulent empêcher d'emblée toute approche, toute négociation en vue de l'adhésion. L'idée est de simplifier le débat, de braquer les gens tout de suite sur un slogan émotif: «Pas d'Union européenne!», de mettre le Gouvernement et le Parlement sous menace populaire constante et ce, a priori, leur enlevant ainsi leur responsabilité essentielle de proposition et de négociation en matière de politique étrangère.

Refuser cette initiative, ce n'est donc pas, aujourd'hui, dire oui à l'Union européenne, c'est confirmer qu'il appartient d'abord au Conseil fédéral de voir ce qu'il est possible de faire avec l'Union européenne. C'est refuser en somme, ce cri de guerre déguisé contre l'Europe, et nous ne voulons pas nous laisser entraîner dans cette manœuvre. Nous entendons rester sur le plan des institutions.

Notre démocratie n'a rien à gagner d'une surenchère démocratique simplificatrice, émotive et paralysante en matière de politique étrangère. Demeurons fidèles à l'esprit de nos institutions et au partage confirmé et raisonnable des responsabilités. C'est assurément de la sorte que nous respecterons le mieux le peuple.

Pour terminer, n'entrons évidemment pas dans le jeu de la proposition de renvoi Ruf. Ne jouons pas avec l'idée de provoquer un contre-projet du Conseil fédéral. La question qui est posée est claire dès lors que l'on a vu la manœuvre. Cette initiative est inacceptable. Il faut recommander de la rejeter purement et simplement.

Frey Walter (V, ZH): Für die SVP-Fraktion werde ich diese Initiative nach ihren formellen Aspekten behandeln; die politische Einbettung dieser Initiative wird mein Kollege Schlüer noch vornehmen. Die geschlossene SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen die Ablehnung der vorliegenden Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!».

Die heute geltenden Verfassungsbestimmungen und geltende Kompetenzaufteilung, die sich bewährt haben, geben dem Volk effektiv das letzte Wort in dieser Schicksalsfrage. Insofern gehe ich mit den Initianten absolut einig: Es handelt sich bei dieser Frage um eine Schicksalsfrage für die Schweiz. Aber da es sich bei der EU – das ist weder in diesem Hause noch im Bundesrat bestritten – um ein supranationales Gebilde handelt, ist ein obligatorisches Referendum angesagt, wenn es in dieser Hinsicht zu einer Entscheidung kommen sollte. Das Volk hat also das letzte Wort.

Ich möchte Ihnen aber nicht verhehlen, dass die Initianten mit einem gewissen Verständnis von unserer Seite rechnen können, hat doch der Bundesrat in dieser für die Schweiz schicksalhaften Frage quasi über Nacht – es war auch für Sie alle eine Überraschung – ein Beitrittsge such gestellt, ohne mit dem Parlament oder sonst mit irgend jemandem Rücksprache zu nehmen oder sich auch nur ein bisschen abzusichern. Dieses Beitrittsge such kam ihm dann für die Verfolgung seines zukünftigen Weges – nämlich die Empfehlung betreffend EWR dem Schweizervolk gegenüber – in den Weg. Der Bundesrat hat dann dieses Beitrittsge such «à la quantité négligeable» ein bisschen auf die Seite gestellt und so getan, als ob er es eigentlich gar nicht gestellt hätte, um die Chance für eine Zustimmung zu einem EWR-Beitritt wieder zu erhöhen. Nach der erfolgten Volksabstimmung wurde das EU-Beitrittsge such dann im Kühlschrank eingeschlossen, aufs Eis gelegt; dort liegt es heute noch wie eine unentschärfte Bombe. Dieses EU-Beitrittsge such macht uns unsere bilateralen Verhandlungen ganz ungebührlich schwer. Es ist klar: Wenn Sie mit jemandem etwas auf bilateralem Weg aushandeln wollen – Geben und Nehmen – ist das schwierig, wenn man zur gleichen Zeit eine Fusion anstrebt. Wie gesagt: Wir ha-

ben ein gewisses Verständnis für die Initianten, nur gehen sie den falschen Weg. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle doch noch etwas in Erinnerung rufen, was weder Herr Vollmer noch Frau Nabholz getan haben.

Wir haben eine zweite Volksinitiative, in der es um Europapolitik geht. Das ist die Initiative «für unsere Zukunft im Herzen Europas» der Gruppe «Geboren am 7. Dezember 1992». Diese Initiative möchte die direkte Demokratie praktisch aus dem Wege schaffen, indem sie dem Bundesrat und dem Parlament zubilligt, einen supranationalen Entscheid in alleiniger Kompetenz zu fällen, und dem Volk das letzte Wort nehmen möchte.

Jene Initiative wurde vor der jetzt zur Behandlung stehenden Initiative vorgelegt und sollte zumindest zum gleichen Zeitpunkt wie diese untaugliche Initiative, die wir jetzt besprechen, behandelt werden. Auch jene Initiative ist absolut untauglich, und das weiss jede und jeder in diesem Rat.

Aber die Aussenpolitische Kommission hat es in ihrer wirklich unergründlichen Weisheit fertiggebracht, jene Initiative zu verschweigen und sie nicht zur gleichen Zeit auf die Traktandenliste zu setzen! Sie können sich Ihre Meinung daraus selbst bilden.

Nun noch etwas: Wenn die geschlossene SVP-Fraktion die vorliegende Initiative und auch den beantragten Gegenvorschlag ablehnt, dann heisst das ganz klar nein zu dieser Initiative, aber es heisst nicht etwa ja zum EU-Beitrittsge such. Es heisst nicht etwa ja zu einem EU-Beitritt nach Konstrukt Maastricht – nein, im Gegenteil: Dort wird das Volk das letzte Wort haben, und die SVP-Fraktion wird dort geschlossen gegen solche Ansinnen auftreten.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen die Ablehnung der vorliegenden Initiative.

Maspoli Flavio (F, TI): In pratica il collega Walter Frey vi ha detto che con la testa dice di no all'iniziativa, ma col cuore ha detto di sì un paio di volte almeno.

Noi viviamo in un tempo in cui le contraddizioni sono all'ordine del giorno e in cui gli avvenimenti, i fatti si succedono con ritmi vertiginosi. A rimanere fino ad oggi sono determinati valori, e nel nostro caso rimangono i valori di libertà, sovranità e neutralità. Questi valori sono stati conquistati secoli fa dal popolo attraverso mille e una difficoltà.

Ecco perché, quando si tratta di mettere in discussione i valori libertà, sovranità e neutralità, il Consiglio federale, che almeno in teoria dovrebbe servire il popolo e rispettarne le idee, non dovrebbe poter decidere autonomamente. Ed ecco il motivo per cui è stata lanciata l'iniziativa oggetto della presente discussione. Dica il popolo, dicano le cittadine e i cittadini svizzeri se vogliono o no che ci si rechi prona e sottomessi a Bruxelles. Dica il popolo se desidera vedere i suoi rappresentanti con le brache in mano, pronti a calarle in qualsiasi momento. Dica il popolo se vuole correre il rischio di dovere, un domani, delegare agli Euroburocrati di Bruxelles le decisioni che fino ad oggi ha potuto prendere in modo autonomo e libero. E perché mai il Consiglio federale, convinto com'è della bontà delle sue scelte, dovrebbe temere il giudizio popolare?

A questo proposito alcune idee le ho, forse perché l'articolo 102 della Costituzione federale dice a chiare lettere che il Consiglio federale deve vegliare per la difesa dell'indipendenza del nostro Paese. Comunque una cosa deve essere chiara, chiara a tutti coloro che oggi decideranno di consigliare al popolo svizzero di respingere il testo della nostra iniziativa: i contatti presi per discutere l'eventuale adesione della Svizzera all'UE sono il primo, ma decisivo passo verso la perdita totale dei valori libertà, sovranità e neutralità.

Del resto si capisce chiaramente qual'è la tattica adottata dal Consiglio federale, che dal suo punto di vista, ovviamente, fa molto bene: rinunciare gradatamente a tutti i nostri privilegi – privilegi intesi unicamente come possibilità di decidere autonomamente i destini del nostro Paese –, per poi dire al popolo: «Ormai ogni opposizione è inutile, tanto, praticamente, siamo già integrati nell'UE.»

Ed ecco un altro problema, la parola integrazione. La parola integrazione viene valutata in modo estremamente negativo

quando si tratta ad esempio di naturalizzare i cittadini stranieri. Vice versa viene dipinta come il massimo delle ambizioni là dove si tratta di gettarsi nel letto europeo per consumare un atroce amplesso, come sono solito dire. Noi abbiamo sempre rispettato la volontà popolare, non così lorisignore e lorisignori. Infatti dopo che noi abbiamo inoltrato la nostra iniziativa – utile ricordarlo, «noi» sta per il gruppo parlamentare dei Democratici svizzeri e della Lega dei Ticinesi –, il popolo svizzero ed i Cantoni hanno respinto l'adesione allo Spazio economico europeo ed hanno respinto pure i tristemente noti caschi blu. Questi sono altri motivi, estremamente validi, per chiedere al popolo di esprimersi prima ancora di iniziare le trattative di adesione.

Nun zu Ihnen, Herr Vollmer: Kollege Ruf hat sich vermutlich gezwungen gefühlt, einen Rückweisungsantrag zu stellen, und zwar darum, weil er sonst keine Möglichkeit gehabt hätte, zur Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» selbst Stellung zu nehmen. Ähnliches würde Ihnen geschehen, falls Sie unser Land im Europäischen Parlament vertreten sollten. Auch Frau Nabholz möchte ich sagen, dass es zwar stimmt, dass unsere Initiative ein Novum darstellt, andererseits müssen Sie zugeben, dass es das erste Mal ist, dass der Bundesrat die Freiheit, die Neutralität und die Unabhängigkeit unseres Landes aufs Spiel setzen will.

E per concludere, onorevole consigliere federale Cotti, mi conceda di dirle, una volta di più, che io e che noi tutti siamo convinti della sua assoluta buona fede, nel senso che siamo convinti che lei non intende deliberatamente nuocere al nostro Paese. Allo stesso modo la prego di credere nella nostra e nella mia buona fede, anche se la pensiamo in modo diametralmente opposto al suo. È evidente che il nostro gruppo, il gruppo del Partito della Libertà, vi invita ad accettare il testo dell'iniziativa dei Democratici svizzeri e della Lega dei Ticinesi.

Grendelmeier Verena (U, ZH): Nun ist es eben doch geschehen. Ich habe gehofft, die Diskussion würde so weitergehen, wie sie angefangen hat, und nun diskutieren wir, obwohl es keineswegs das Thema ist, über «EU-Beitritt, ja oder nein?», über die Neuauflage des EWR und über allfällige Resultate der bilateralen Beziehungen. Die Gefahr liegt auf der Hand, dass eine solche Debatte in einem allumfassenden, gigantischen, babylonischen Sprachengewirr untergeht.

Dabei geht es um eine höchst banale Frage, und diese Frage lautet: Wer darf was, und wen muss er dabei um Erlaubnis fragen? So einfach ist das! Oder anders herumgefragt: Darf der Bundesrat von sich aus tätig werden, oder muss ihm das Volk dafür erst seinen Segen geben? Es geht heute also einzig und allein um die Kompetenzfrage oder um eine allfällige Umlagerung dieser Kompetenz.

In der Schweiz hat das Volk, das zu Recht der Souverän genannt wird, so viele Kompetenzen wie in absolut keinem anderen Land, in keiner anderen Demokratie. Es hat – es ist gesagt worden – buchstäblich das «letzte Wort», und zwar über das Referendum, sei es nun das obligatorische oder das fakultative. Es entscheidet als letzte und höchste Instanz, ob sich in diesem Lande etwas verändern soll oder eben nicht. Es kann aber durchaus auch erste Instanz sein und das erste Wort haben, z. B. über die Initiative, und das Parlament und die Regierung zu einer Veränderung oder einer Neuerung veranlassen. Dann hat es nach dem ersten zusätzlich auch wieder das letzte Wort; nämlich bei der Volksabstimmung.

Es gibt aber trotz allem in diesem Lande noch ein Parlament – wir sind Mitglieder dieses Parlamentes –, und es gibt eine Regierung. Denn wir leben in einer halbdirekten und nicht in einer ganz direkten Demokratie. Auch diese Institutionen haben ihre ganz klar umrissenen Aufgabenbereiche, ihre Rechte und Kompetenzen. So hat jedes Parlamentsmitglied beispielsweise über die persönlichen Vorstösse das Vorschlagsrecht und kann dadurch den Bundesrat – allerdings nur mit dem Segen der Parlamentsmehrheit – auffordern, in einer bestimmten Sache tätig zu werden.

Um auf das Thema, welches diese Initiative behandelt, zu kommen: Ich habe als Parlamentarierin von diesem Recht Gebrauch gemacht. Ich habe in mehreren Anläufen den Bun-

desrat aufgefordert, tätig zu werden und die Verhandlungen über einen Beitritt zur EU aufzunehmen. Das war mein Recht als Parlamentarierin.

Aber auch der Bundesrat muss in diesem Bereich keineswegs auf einen parlamentarischen Vorstoss warten und sich eine Aufgabe zuteilen lassen. Er kann von sich aus tätig werden, und zwar aus einem einfachen Grund: Aussenpolitik ist nach wie vor das ureigenste Gebiet des Bundesrates. Das ist nicht nur in der Schweiz so, das ist in sozusagen allen anderen Ländern auch so. Es ist die Regierung, die im aussenpolitischen Bereich tätig wird, und das hat seinen – sehr guten – Grund:

Die Aussenpolitik hat zwar auch im Parlament zusehends einen höheren Stellenwert bekommen. Und das völlig zu Recht, denn auch in diesem Lande sieht man langsam ein, dass Aussenpolitik nicht dann gut ist, wenn sie nicht stattfindet, sondern dass Aussenpolitik in beinahe jeden innenpolitischen Bereich eingreift und ein integrierender Bestandteil von innenpolitischen Entscheidungen ist.

Verhandlungen aber sind langsame und höchst mühsame, zähe Prozesse unter möglichen Partnern, von denen beide so viele Vorteile herauszuschinden versuchen, wie es möglich ist. Das Resultat ist in den meisten Fällen ein relativ unbefriedigender Kompromiss und steht bis zum Schluss keineswegs fest, ist also nicht voraussehbar.

Verhandeln können aber nur Einzelpersonen. Man kann nicht ein Parlament auf ein anderes Parlament «loslassen», um zu verhandeln. Und noch viel weniger kann man ein Volk nach Brüssel schicken, um – mit wem? – zu verhandeln. Die Aufgabe des Volkes, um es noch einmal zu sagen, ist, zu entscheiden, ob das Verhandlungsergebnis in seinen Augen richtig ist oder nicht. Aber es braucht nicht dem Bundesrat zu erlauben oder zu verbieten, Verhandlungen aufzunehmen.

Noch einmal: Das letzte Wort hat das Volk. Das wird in einem möglichen Beitritt zur EU selbstverständlich und obligatorisch der Fall sein.

Dass es den Initianten selber nicht mehr ganz wohl ist bei ihrer Initiative, erkennt man an den verschiedenen Gegenvorschlägen, die nun plötzlich aufs Tapet kommen. Ich werde den Verdacht nicht ganz los, dass man hier den Sack schlägt und den Esel meint. Man versucht, über ein institutionalisiertes Instrument eine Sachvorlage zu verhindern – möglicherweise deshalb, weil auch die Initianten gemerkt haben, dass das Volk vielleicht gar nicht so abgeneigt wäre, bei diesem Europa, in dessen Mitte wir leben, auch tatsächlich dazuzugehören.

Epiney Simon (C, VS): L'initiative des Démocrates suisses et de la Ligue des Tessinois doit être, à notre avis, rejetée sans états d'âme, pour deux raisons essentielles. D'une part, elle émane de milieux qui, fondamentalement, sont hostiles à toute approche européenne multilatérale et, d'autre part, parce que cette initiative, on l'a dit, modifie de manière fondamentale la répartition constitutionnelle des compétences dans ce pays. En particulier, elle veut soumettre au vote du peuple et des cantons l'ouverture de négociations d'adhésion, alors que, selon la tradition démocratique de ce pays, le peuple intervient en dernier ressort pour sanctionner le travail parlementaire ou l'activité du Conseil fédéral.

Vouloir associer le peuple et les cantons dès le départ à l'ouverture de négociations d'adhésion est, bien sûr, inacceptable, car le souverain n'est pas en mesure de juger sur pièces en fonction du contenu et de la portée de l'accord. Dans la politique étrangère, par contre, le Parlement, selon les nouvelles dispositions de la loi sur les rapports entre les Conseils, doit être associé de manière étroite à notre politique extérieure. L'initiative doit dès lors être rejetée, car elle heurte gravement des mécanismes éprouvés de notre système institutionnel de répartition des compétences.

Mais cette initiative doit nous donner l'occasion, non pas d'ouvrir un débat sur le fond, mais de nous interroger, à la fois sur l'état du dossier européen, et surtout sur la stratégie à adopter pour prévenir un échec catastrophique pour l'entente confédérale et notre crédibilité internationale. Les négociations bilatérales sont en cours, mais elles sont dans l'im-

passé. Obtenir des solutions à la carte ou un régime de faveur n'est pas tâche aisée pour nos négociateurs. L'Union européenne ne peut pas offrir plus qu'elle n'a. Chacun des quinze membres a des revendications à formuler, des compensations à satisfaire. L'Union européenne obéit également à des règles de fonctionnement strictes, à des principes de base que sont l'unanimité, la symétrie des sacrifices ou l'égalité de traitement.

Un échec des négociations bilatérales conduirait à un renforcement des blocages helvétiques entre partisans et adversaires de la cause européenne. Ce pays ne peut plus se contenter d'immobilisme. Il doit anticiper les événements en regardant la réalité en face. La Suisse a été construite sur la base d'une alliance libre entre mini-Etats à la fois jaloux de leurs prérogatives et réfractaires aux diktats extérieurs. Les symboles, les clichés ont la vie dure dans ce pays, car ils sont fortement ancrés dans le patriotisme. L'étranger devient, par réflexe, le bouc émissaire des préoccupations et des déboires de certains.

Mais forcer le destin par déception politique ou par impatience économique relève de l'irresponsabilité. C'est méconnaître le poids des résistances, la force des préjugés, les effets dévastateurs de l'incohérence européenne, et c'est tout simplement sous-estimer le sentiment qu'a encore la majorité de notre population d'être bien dans ce pays.

La Suisse a besoin d'approvisoir l'Union européenne qui n'est ni le paradis sur terre, ni un monstre colonialiste. Avancions donc vers l'Europe les yeux ouverts et sans occulter la réalité et son cortège de difficultés. A ce stade de l'évolution du dossier européen, une seule stratégie s'impose, la stratégie de la cohabitation. A partir de ce jour, nous sommes, avec ces initiatives, appelés à oeuvrer à la cohésion ou à la déchirure de ce pays, aux structures fragilisées par la crise et par l'enregistrement de scrutins populaires souvent frustrants pour les minorités. Mais les adversaires d'un jour ne sont pas plus idiots, plus frileux ou plus irresponsables que les doux rêveurs. L'approche européenne exige le respect de l'autre, demande des efforts constants de persuasion et exige de notre part un investissement permanent.

Un nouvel échec en matière de politique européenne serait suicidaire pour notre pays. Il nous appartient dès lors, par la stratégie, la seule aujourd'hui efficace, de la cohabitation, de faire un pas en direction de nos contradicteurs, en nous associant par exemple à toute démarche qui serait de nature à mettre ensemble, dans un dialogue constructif, partisans et adversaires de l'approche européenne.

Loeb François (R, BE): Ich war für eine Verschiebung der Debatte, weil für mich die bilateralen Verhandlungen jetzt im Vordergrund stehen und zum baldigen Abschluss gebracht werden müssen. Deshalb fasse ich mich jetzt kurz.

Ich lehne die Initiative ab, weil sie dem Bundesrat die Hände bindet. Bevor er sprechen oder gar denken darf, muss er das Volk befragen. Eine Regierung, die keine Möglichkeiten wahrnehmen kann, keine Gespräche führen darf, ist eine Regierung, die lahmgelegt ist, eine lahmgelegte Regierung, der der Mund zugebunden ist, eine Regierung, die nicht reagieren kann, eine Regierung, welche den Herausforderungen der Zeit nicht begegnen kann. Wir verlangen vom Bundesrat, dass er uns Optionen aufzeigt, die wir hier im Parlament und die das Volk und die Stände dann in Abstimmungen beurteilen – verwerfen oder annehmen – können. Wir verlangen vom Bundesrat Kreativität. Die vorgelegte Initiative blockiert, bindet dem Bundesrat Hände, führt uns in die Immobilität.

Im Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik hat der Bundesrat und haben viele von Ihnen auf die erhöhte Geschwindigkeit der weltwirtschaftlichen Entwicklungen hingewiesen. Neben den institutionellen Bedenken mit Bezug auf die Kompetenzverschiebung sind wir deshalb gegen diese Initiative, weil sie den Herausforderungen der Zeit und der erhöhten Geschwindigkeit überhaupt nicht Rechnung trägt und weil sie unsere Flexibilität, einen unserer Trümpfe als kleines Land, blockiert.

Carobbio Werner (S, TI): I relatori e altri colleghi hanno illustrato le ragioni istituzionali e giuridiche che giustificano di re-

spingere l'iniziativa in discussione. Condivido questi argomenti. Non ci sono motivi per modificare, in materia di trattative internazionali, le procedure e le competenze in vigore. Questo per la semplice ragione che i diritti popolari invocati dagli iniziativaisti sono già garantiti. Cantoni e popolo avranno sempre l'ultima parola, e potranno farlo con conoscenza di causa e non al buio, come sarebbe il caso se seguissimo gli iniziativaisti. Ma personalmente penso che, al di là degli argomenti istituzionali e giuridici, per me più importanti sono i motivi politici che giustificano il rifiuto dell'iniziativa. E questi motivi sono almeno due.

1. L'obiettivo politico degli iniziativaisti è chiaro e ha poco a che vedere con i diritti popolari. L'intervento del collega Maspoli – e non è una questione di buona fede o meno, che riconosco, ma è una questione di opzioni politiche diverse – lo conferma. Esso si iscrive nell'opzione nota dei promotori dell'iniziativa: bloccare ogni proposta d'apertura verso l'Europa – peggio ancora, direi, bloccare ogni trattativa di chiarimento delle condizioni dei rapporti tra il nostro Paese e l'Europa. Un tale obiettivo non può che essere combattuto con fermezza da tutti coloro – e io sono fra questi – che ritengono che l'obiettivo dell'adesione all'Unione Europea debba continuare a far parte delle scelte della politica del nostro Paese. In questa ottica, senza voler aprire un dibattito che in questo momento non è opportuno, considero l'idea lanciata di ritirare la domanda d'adesione all'UE, deposta nel 1992, discutibile e pericolosa, perché porta acqua al mulino degli iniziativaisti.

2. L'iniziativa va poi respinta perché politicamente ha come conseguenza – voluta o no, poco importa – di creare confusione, di dividere ulteriormente il Paese. L'intervento del collega Maspoli che ha parlato di calare le brache, di sottostare ai burocrati di Bruxelles, conferma questa mia valutazione. Non è di questo che noi oggi abbiamo bisogno in Svizzera, ma di un dibattito sereno sui problemi reali dei nostri rapporti con l'Europa, con conoscenza di causa dei contenuti di eventuali accordi bilaterali, delle condizioni per la scelta dell'integrazione, e non di un discorso ideologico per o contro l'Europa, che non serve a niente, anzi ci danneggia.

In conclusione, la mia opposizione all'iniziativa vuole anche essere l'espressione della posizione e della voce di quei ticinesi che sono per l'apertura all'Europa, che sostengono l'obiettivo del Consiglio federale dell'adesione a medio termine. Questo perché sia chiaro che non necessariamente le posizioni della Lega riflettono l'opinione di tutti i ticinesi. Anzi direi che la cosa è abbastanza diversa.

Ostermann Roland (G, VD): L'idée de demander au peuple de décider est toujours idéalement séduisante. Elle a d'ailleurs séduit une partie de la population, l'aboutissement de l'initiative en fait foi. A-t-elle convaincu des partisans de la seule expression démocratique ou leur a-t-elle souri par l'espoir caressé qu'une telle consultation engendrerait, pure hypothèse, une réponse négative?

Quel type de décisions pourrait-on obtenir si une telle initiative était acceptée? «Voulez-vous, oui ou non, que le Conseil fédéral engage des négociations avec l'Union européenne?» Sur quelle base le peuple répondrait-il à cette question? Sur la base d'impressions, de préjugés, d'un enthousiasme irrationnel ou de craintes viscérales, c'est-à-dire sur la base d'a priori, exactement comme on le fait pour répondre à un sondage. L'initiative, c'est cela: institutionnaliser le sondage d'opinion comme outil de décision démocratique, paradémocratique devrait-on dire. On voit d'ici tous les poncifs, toutes les professions de foi, toute la démagogie qui tiendraient lieu d'argumentation si l'on devait se prononcer sur une question aussi réductrice que l'ouverture de négociations, sans parler du blocage total de toute initiative de rapprochement avec nos voisins, qui résulterait de l'attente d'une décision populaire aux contours mal définis.

L'exercice habituel de la démocratie exige que l'on demande au peuple de trancher en faveur ou en défaveur d'un projet. On sait que c'est parfois déjà très difficile. Mais que penser alors de l'exercice de style qui consiste à se prononcer sur une intention? Encore une fois, on sombre dans le travers du sondage d'opinion. Et quels seront l'attitude et le rôle de la

partie du corps électoral qui analyse et qui veut rationnellement peser le pour et le contre? En cas d'ouverture de négociations à la suite d'une votation populaire, le Conseil fédéral ne devrait-il pas accepter un peu n'importe quoi au cours de ces négociations, parce qu'il aurait reçu le mandat implicite de réussir à tout prix? Voilà que les adversaires de l'adhésion seraient pris à leur propre piège. Il n'y aurait là rien de désagréable si nous recherchions à cultiver le malaise civique, mais nous sommes partisans de la clarté démocratique et celle-ci ne peut se satisfaire du trouble institutionnel dans lequel nous plonge cette initiative par les conflits de compétence qu'elle engendre et qu'ont déjà soulignés les orateurs. La décision du peuple doit porter sur un sujet élaboré d'adhésion et non sur une ouverture de négociations qui n'est que le premier pas d'une démarche qui permettrait d'y voir clair. Il faut donc proposer le rejet de cette initiative.

Moser René (F, AG): Une petite correction: Die Fraktion der Freiheits-Partei kann die Initiative aus Gründen der Kompetenzverschiebung, also aus rein materiellen Gründen, leider nicht unterstützen. Das ist vorher etwas falsch interpretiert worden.

Ich habe einen Teil meiner Redezeit Kollege Maspoli abgetreten und möchte hier lediglich eine kurze Erklärung zur Behandlung der Initiative abgeben:

Es ist tatsächlich beschämend, wie die Mehrheit dieses Rates die Ungleichheit in der Behandlung von Volksinitiativen bestätigt hat. Ich finde auch die Unterstellung, die Initianten hätten etwas mit der Behandlungsverschiebung zu tun, wirklich absurd. Die Drahtzieher hinter der Verschiebung der zweiten Initiative sind dann andere. Wäre es eine Initiative der «SokoF» – das ist die sozialistisch-kommunistische Fraktion –, dann wäre diese sicher anders mit der Initiative umgegangen.

Was haben denn diese Initianten verbrochen? Nichts! Sie machen einfach Gebrauch von einem Volksrecht, und das ist ungeachtet des Inhaltes nichts Ehrenrühriges, aber einige behandeln es dementsprechend. So meint Kollege Vollmer, man könne die Konsequenzen des Verhandlungsausganges nicht abschätzen. Kollegin Nabholz meint, die Initiative sei absolut unschweizerisch. Was ist denn in unserem Land überhaupt noch schweizerisch? Sagen Sie mir das einmal! Der gemeinsame Nenner dieser Aussagen ist reiner Zynismus.

Die Fraktion der Freiheits-Partei wünscht also, wie das eingangs erwähnt worden ist, dass künftig alle Volksinitiativen – alle! – in der gleichen Kategorie behandelt werden. Ich bin jetzt schon gespannt, wie die Volksinitiative «für unsere Zukunft im Herzen Europas» behandelt wird.

Suter Marc (R, BE): Die Initiative erinnert mich an das absichtlich überzeichnete Bild der Schweiz, das Friedrich Dürrenmatt 1990 anlässlich der Verleihung des Gottlieb-Duttweiler-Preises an Vaclav Havel gemalt hat. Er beschreibt unser Land in seiner Laudatio auf den tschechischen Staatspräsidenten: «... als ein Gefängnis, wohinein sich die Schweizer geflüchtet haben weil sie nur im Gefängnis sicher sind, nicht überfallen zu werden, fühlen sie sich als Schweizer frei, freier als alle anderen Menschen, frei als Gefangene im Gefängnis ihrer Neutralität.»

Die Initianten verlangen nun, um bei Dürrenmatts Bild zu bleiben, eine Entmachtung der Gefängnisleitung. Dies tun sie aber nicht, um mehr Freiheit zu erlangen, sondern um ihre Illusion der Freiheit in ihrer Festung, in der sie gleichzeitig Gefangene und Wärter sind, bewahren zu können. Sie tun es, um die Riegel jener Tore vorzuschieben, die die Gefängnisleitung seinerzeit vielleicht wagemutig, vielleicht aber auch weitsichtig – die Geschichte wird dies weisen – einen Spalt weit geöffnet hat.

Zur staatspolitischen Absurdität dieser Initiative sind nicht viele Worte zu verlieren. Jeder Stimmbürgerin und jedem verantwortungsbewussten Stimmbürger dürfte ohne weiteres einleuchten, dass Aussenpolitik nicht im Hallenstadion stattfinden kann. Auch will ich nicht ausmalen, welche fremdenfeindliche Motivation der Initiative im Grunde genommen

Pate stand. Im Abstimmungskampf werden wir ohnehin noch genug mit nationalistischem Säbelrasseln der Initianten konfrontiert sein.

Ich möchte die europapolitische Dimension der Initiative ins Spiel bringen. Denn seien wir ehrlich: Diese Initiative ist die Anti-Europa-Initiative schlechthin.

Schon in den dreissiger Jahren haben sich viele Schweizerinnen und Schweizer für ein demokratisches, friedliches, marktwirtschaftliches und föderalistisches Europa eingesetzt. Zu jener Zeit, als sich das verheerende Gesicht des Nationalismus zeigte, machten sich in der Schweiz Leute für ein Europa der Zusammenarbeit und gegen den Krieg stark, für das friedliche Zusammenleben und gegen die Ausgrenzung, für das politische Miteinander und gegen die Intoleranz. Dazumal mussten die Europäer den Untergang ihrer Idee in einem grausamen Krieg mitansehen. Doch heute sind unsere Nachbarinnen und Nachbarn dabei, diese Idee umzusetzen und zu verwirklichen. In einem über Jahrzehnte dauernden Prozess wurde diese Idee vertieft und gestärkt und ist heute in den Köpfen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger Europas so verankert, dass Krieg und Gewalt seit 50 Jahren aus Westeuropa verbannt sind und es auch in Zukunft sein werden.

Der «freien» Schweiz, auf die der Titel der Initiative anspielt, die sich ihrer Solidarität zu Recht rühmt und zu Recht auf ihre friedliche Geschichte stolz ist, dieser freien Schweiz soll nun also verboten werden, mit ihren Nachbarstaaten über Austausch, Zusammenarbeit und Integration zu sprechen.

Lassen Sie mich mit einem Ausschnitt aus Dürrenmatts Rede schliessen, in der er Vaclav Havel zitiert: «Vielleicht werden Sie fragen, von welcher Republik ich träume. Ich antworte Ihnen: Von einer selbständigen, freien, demokratischen, wirtschaftlich prosperierenden und zugleich sozial gerechten Republik, kurz gesagt, von einer menschlichen Republik, die dem Menschen dient und deshalb die Hoffnung hat, dass der Mensch auch ihr dienen wird. Von einer Republik allseitig gebildeter Menschen, weil ohne sie keines unserer Probleme gelöst werden kann, sei es menschlich, ökonomisch, sozial oder politisch.» «So träumen», sagte Dürrenmatt, «viele Schweizer, dass sie in einer solchen Republik leben, gewissermassen im Traum, den Sie, Vaclav Havel, träumen. Doch die Wirklichkeit, in der viele Schweizer träumen, ist anders.»

Tschechien hat vor kurzem ein Beitrittsge such bei der EU deponiert, um dieser Vision Havels im internationalen Bereich nachleben zu können. Wir diskutieren heute darüber, das Gespräch mit der EU abzubrechen. Das sollte uns zu denken geben. Es nützt uns nichts, langfristig in der Schweiz eingesperrt zu sein.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): J'aimerais faire quatre observations au sujet de l'initiative qui nous est soumise.

1. Je tiens à souligner que les éléments qui font le plus défaut aujourd'hui, dans le débat européen, sont le courage, la rigueur et la cohérence. Jusqu'à nouvel avis, l'adhésion à l'Union européenne est toujours le but stratégique du Conseil fédéral, et le Parlement en a pris acte. Or, l'initiative des forces populistes et nationalistes va à l'encontre de ce but stratégique. La rigueur et la cohérence commandent donc de recommander le rejet de cette initiative, sans contre-projet. Le courage implique, quant à lui, de combattre cette initiative frontalement, en expliquant clairement les enjeux à l'opinion publique. Cette démarche me paraît nettement préférable à celle qui consiste à inventer toutes sortes de «combinaisons» pour éviter d'affronter les vrais problèmes, ce qui, en définitive, ne contribue qu'à discréditer ce Parlement.

2. Je me rallie par ailleurs aux considérations juridiques qui figurent dans le message, en ce sens que je n'imagine pas que l'on puisse priver le Conseil fédéral de toute marge de manoeuvre en matière de politique extérieure. Evidemment, cela ne signifie pas qu'il ne faille pas, de temps à autre, lui rappeler ses engagements. D'autres initiatives populaires nous permettraient d'ailleurs de le faire de façon plus précise.

3. Ce qui est encore plus important à mes yeux, c'est que l'échec de l'initiative, qui me paraît être l'hypothèse la plus

plausible, traduirait, non pas le souhait du peuple et des cantons d'adhérer à l'Union européenne, mais au moins leur volonté de ne pas fermer le jeu. Le Conseil fédéral verrait ainsi sa compétence de négociateur confirmée, et le placerait dans une position de force face à ses interlocuteurs de l'Union européenne.

4. Je voudrais enfin relever qu'en voulant casser toute velléité d'adhésion à l'Union européenne, l'initiative de la Lega dei Ticinesi et des Démocrates suisses vise en fait à vouloir arrêter la roue de l'histoire. Elle revient à donner une base constitutionnelle à l'idée d'une Suisse figée à tout jamais, d'une Suisse éternellement repliée sur elle-même, d'une Suisse incapable de participer à la construction de l'Europe et à sa consolidation.

Si nous vous recommandons le rejet de l'initiative, c'est précisément parce que nous croyons à des valeurs fondamentalement différentes, c'est-à-dire à la possibilité de voir émerger une Suisse capable de se mettre en mouvement, une Suisse susceptible de s'ouvrir aux autres, une Suisse ayant la force et le potentiel de devenir un chaînon important de l'Europe de demain.

Scherrer Werner (–, BE): Diese Debatte findet vor eher spärlichem Publikum statt. Die Meinungen sind gemacht. Ich bin erstaunt, mit welcher Gehässigkeit die Mehrheit der Redner über diese Initiative hergefallen ist. Tatsache ist, dass in diesem Land zumindest bei der EWR-Abstimmung eine Mehrzahl gegen den Beitritt war. Tatsache ist, dass in diesem Land sehr viele Bürgerinnen und Bürger nach wie vor sehr grosse Vorbehalte und eine ablehnende Haltung gegenüber einem Beitritt zur EU haben. Tatsache ist auch, dass diese Initiative absolut rechtmässig zustande gekommen ist.

Ich verstehe diese Initiative ganz stark auch als Protest eines grossen Teils dieses Volkes, weil man nicht einverstanden war, dass der Bundesrat diese Verhandlungen in eigener Kompetenz aufgenommen hat, und das strategische Ziel des Bundesrates nach wie vor der Beitritt zur EU ist. Darum muss man eine gewisse Sorge und eine gewisse Skepsis all dieser Kreise, die hinter dieser Initiative stehen, verstehen.

Persönlich habe ich mich auch gefragt, ob es richtig sei, den Bundesrat am Verhandeln zu hindern. Ich habe Verständnis für die grossen Schwierigkeiten, die unser Aussenminister und alle unsere Verhandlungsdelegationen in diesen Verhandlungen haben. Ich möchte dem Bundesrat und unseren Leuten, die in Brüssel verhandeln, trotzdem danken, denn das ist nicht einfach. Es wird sicher wieder eine Volksabstimmung und Europadebatten noch und noch geben.

Ich möchte zu mehr Toleranz aufrufen, diese wird immer von der anderen Seite ins Feld geführt, zu einer Toleranz gegenüber den Beweggründen für die Skepsis. Ich unterstütze diese Initiative – ich gehöre nicht zur SD und nicht zur Lega – aus Protest gegen den eingeschlagenen Weg und das strategische Ziel. Ich bin mir aber bewusst, dass diese Initiative im Parlament eine klare Niederlage erleiden wird. Ich habe den Eindruck, dass auch in einer Volksabstimmung eine Mehrheit des Volkes diese Initiative wahrscheinlich ablehnen wird. Aber die nächste Abstimmung, in der es dann grundsätzlich um die Wurst geht, haben wir noch lange nicht verloren! Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir trotzdem einen schweizerischen Weg finden.

Wir sind nicht gegen Europa, aber wir sind nach wie vor für eine freie Schweiz, wo wir noch machen können, was wir wollen, und nicht von Brüssel diktiert werden.

Pini Massimo (R, TI): Quattro sono le mie argomentazioni, e non di più, per essere contrario all'iniziativa dei Democratici svizzeri.

1. Una constatazione, onorevole Moser: c'è cinismo e desolidarizzazione. Tuttavia, la sete di democrazia non può inventare una sorgente nel diritto vigente, onorevole Maspoli! Il diritto vigente, oggi, delega al Consiglio federale la competenza in materia di politica estera, e non di politica interna.

2. La revisione della Costituzione federale è appena in consultazione, non siamo ancora alla fine e al voto popolare.

3. Nemmeno ai tempi di Giuseppe Motta si diceva no al popolo per non chiamarlo alle urne, quando il soggetto, che era l'adesione o no alla Società delle Nazioni, era un atto politico molto preciso!

4. Oggi, abbiamo un clima di incertezza, e lo sappiamo benissimo. Ci sono, soprattutto, i negoziati con l'Unione europea, che sono in una fase delicata ed estremamente difficile.

Questa iniziativa, che vuole delegare al popolo e ai Cantoni delle competenze che il diritto vigente – democrazia sì, democrazia no – dà al Consiglio federale, non può giungere, oggi come oggi, davanti al popolo e ai Cantoni, perché altrimenti entrerebbero in una fase di emozione troppo forte per chi vi parla; anche con l'emozione federalista – europea, e non solo svizzera – che sempre mi ha contraddistinto!

Steffen Hans (–, ZH): Die Aussenpolitik der Schweiz hat ihre Grenzen laut Artikel 2 der Bundesverfassung an den Bundeszielen, nämlich der «Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen» und dem «Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen». Artikel 102 Ziffer 9 der Bundesverfassung verpflichtet den Bundesrat, innert den Schranken der gegenwärtigen Bundesverfassung «für die äussere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz» zu wachen.

Für all jene, welche die Bundesverfassung nicht als beugsamen, interpretierbaren Fetzen Papier betrachten, ist die von einer knappen Mehrheit des Bundesrates beschlossene Integrationspolitik Richtung Europäische Union, gelinde gesagt, ein Verstoß gegen die Grundsätze der Verfassung oder, allgemeiner ausgedrückt, ein offensichtlicher Verrat am Grundgesetz.

Nachdem unsere direkte Demokratie immer mehr zu einer von ein paar progressiven, professoralen Rechtsverdrehern beeinflussten Expertokratie degeneriert – die Ungültigerklärung der SD-Asyl-Initiative ist das letzte Husarenstück dieser Kreise –, hat die SD/Lega-Fraktion am 22./23. Mai 1992 den Entschluss gefasst, dem verfassungswidrigen Kurs des Bundesrates entgegenzutreten. Das ist ein Recht des Bürgers. So ist die vorliegende Volksinitiative lanciert und mit Hilfe verschiedener Exponenten, auch aus anderen Parteien und Organisationen, mit der nötigen Unterschriftenzahl eingereicht worden.

Hätte der Bundesrat für seine Integrationspolitik den ordentlichen Weg gewählt, dann hätte die SD/Lega-Fraktion diese Initiative nie lanciert. Der Bundesrat hätte einen ergänzten Artikel 2 der Bundesverfassung vor der Einreichung eines Gesuches um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Brüssel durch die parlamentarische Beratung bringen und einem Volksentscheid unterbreiten müssen.

Die Frage einer Teilrevision der Bundesverfassung, Frau Kollegin Nabholz, ist bekanntlich in der Aussenpolitischen Kommission in der letzten Legislatur mindestens eingehend diskutiert worden. Eine Ergänzung in dieser Richtung wird leider erst im Verfassungsentwurf 1995 vorgenommen. Da heisst es: «Sie» – gemeint ist die Eidgenossenschaft – «setzt sich für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung ein.» Eigentlich müssten die Hinweise auf Unabhängigkeit und Neutralität aus der Bundesverfassung eliminiert werden. Weil der Bundesrat diesen ordentlichen Weg nicht eingeschlagen hat, wird das Volk über die SD/Lega-Initiative zu entscheiden haben.

Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag Ruf zu unterstützen bzw. die Initiative Volk und Ständen zur Annahme zu empfehlen.

Gysin Remo (S, BS): Alles zu dieser Vorlage ist schon mehrmals gesagt worden. Ich kann mich auf das Zusammenfassen und Schlussfolgern beschränken.

1. Was lässt sich aus der Debatte zusammenfassen? Eine Volksbefragung vor einer Verhandlung ist im vorliegenden Fall scheindemokratisch. Die Gründe sind genannt worden: Der Gegenstand ist nicht greifbar, abstrakt, ohne sachlichen Anfang und sachliches Ende. Es wäre eine Abstimmung über eine Grundhaltung, eine Abstimmung, die in einem Stimmentscheidenden müsste.

2. Interessanter sind die Schlussfolgerungen aus der Debatte. Die wichtigste ist genannt: Der Antrag des Bundesrates ist zu unterstützen, die Initiative ist abzulehnen.

Wichtiger dünken mich die Schlussfolgerungen im Gesamtzusammenhang unserer Aussenpolitik, der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz. Bei der Kernfrage, ob die Bevölkerung vor oder nach den Verhandlungen gefragt werden soll, ist klar herausgekommen, dass bei wichtigen internationalen Übereinkommen – das stand nicht zur Diskussion – eine Befragung überhaupt stattfinden muss.

Wenn ich nun die Liste der Aktualitäten anschau, die auf unseren Tischen liegen – bilaterales Abkommen EU-Schweiz, EU-Beitritt, OSZE-Aktivitäten und Nato-Partnerschaft –, dann sind gerade mit den letzteren Geschäfte dabei, die formaljuristisch nicht unbedingt dem Parlament und der Bevölkerung vorgelegt werden müssen. Für mich ist das wichtigste Ergebnis dieser Debatte, dass gerade auch ein Übereinkommen mit der Nato – als Verhandlungsergebnis – dem Parlament und der Bevölkerung unbedingt vorgelegt werden muss. Ich möchte dem Bundesrat diese Essenz der Debatte ans Herz legen und ihn bitten, die Störmanöver mit der Abstimmung zu erledigen und – bitte! – kein eigenes Störmanöver mit der Nato-Partnerschaft zu verursachen!

Raggenbass Hansueli (C, TG): Ich habe seinerzeit den Ordnungsantrag Loeb François unterstützt, der die Verschiebung des Traktandums verlangte. Er ist abgelehnt worden, womit heute wieder unsere Beziehung zur EU, wenn auch nur beschränkt, diskutiert wird. Glücklicherweise ist aus der heutigen Debatte keine eigentliche EU-Debatte geworden. Auch die bilateralen Verhandlungen sind in keiner Art und Weise torpediert worden. Es scheint mir äusserst wichtig, dass diese bilateralen Gespräche nicht gestört werden, dass sie nicht kritisiert werden und ihren Fortgang nehmen können.

Es ist auch völlig klar geworden, dass sich die verfassungsmässig verankerten aussenpolitischen Zuständigkeiten – entgegen dem Willen der Initianten – nicht verändern sollen. Mit diesem Wunsch bleiben die Initianten klar in der Minderzahl. Es ist auch kein Grund für eine derartige Kompetenzverschiebung ersichtlich, weil das Verhandlungsergebnis ja dem Volk ohnehin zur Abstimmung zu unterbreiten ist.

Wie Frau Nabholz und auch Herr Loeb zu Recht ausgeführt haben, könnten infolge der Kompetenzverschiebung notwendige Aktivitäten verhindert oder sogar schwerwiegend verzögert werden. Es ist auch nicht ersichtlich, warum die Zuständigkeit nur im Bereich des EU-Beitritts verschoben werden sollte. Gewisse Grundsätze sind zu wahren. Wir können nicht überall und immer wieder Ausnahmen machen.

Es hat auch keinen Sinn, dass das Volk in einer Frage bemüht wird, in der alles noch offen und schwammig ist. Es gibt bezüglich des EU-Beitritts einen erheblichen Verhandlungsspielraum, deshalb sollte nicht bereits die Aufnahme von Verhandlungen, vor das Volk gebracht werden. Das Stichwort «Verwesentlichung der Demokratie» wird doch von den Initianten selbst immer wieder angesprochen. Die Initiative verlangt darüber hinaus auch den Abbruch der eingeleiteten EU-Beitrittsverhandlungen, konkret also den Rückzug des Beitrittsgesuches. Dass das vom Bundesrat gestellte Beitrittsge such innenpolitisch nicht der Weisheit letzter Schluss war und wohl auch zum negativen Ausgang der EWR-Abstimmung beigetragen hat, kann kaum bestritten werden. Ausdrücke wie «Trainingslager EWR» haben diesen Eindruck noch verstärkt. Der Rückzug dieses Gesuches ist aber eine andere Sache. Das Gesuch ist deponiert, jetzt laufen die Verhandlungen, sie dürfen nicht gestört werden. Der Ausgang der Verhandlungen ist für unser Land ausgesprochen wichtig. Nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen kann ein Rückzug des Beitrittsgesuches sehr wohl zur Diskussion gestellt werden, obwohl es, Herr Frey, meines Erachtens keine «unentschärft e Bombe» darstellt, sondern vielmehr sanft ruht.

Der Vorstoss unseres Kollegen Epiney, der ja in der Medienlandschaft viel Staub aufgewirbelt hat, hat etwas Bestechendes für sich. Die weitere Annäherung an Europa wäre nicht durch ein Gesuch belastet.

Unser Verhältnis zu Europa muss sowohl aussen- als vor allem auch innenpolitisch durch hohe Glaubwürdigkeit und Konsistenz ausgezeichnet sein, ansonsten eine Annäherung vor dem Souverän keine Chance hat. Ein Rückzug des Beitritts gesuches kann daher nicht zur Diskussion stehen, wenn der Bundesrat nicht auch völlig klar vom strategischen Ziel EU-Beitritt Abstand nimmt. Ansonsten wäre der Rückzug des Gesuches unehrlich und inkonsistent. Alles andere wäre dem Volk Sand in die Augen gestreut.

Der allfällige Rückzug des Gesuches sollte aber nicht durch einen Volksentscheid herbeigeführt werden, wie das die Initianten wollen, dieser Entscheid muss vielmehr beim Bundesrat liegen. Nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen hat er die Situation aussen- und innenpolitisch grundlegend zu analysieren und eigenverantwortlich zu entscheiden. Er hat dabei aber sinnvoller-, ja notwendigerweise politisch alles in der Breite zu diskutieren und abzustützen. Es wäre richtig, das Gesuch zurückzuziehen, wenn ein «EWR II» angestrebt wird. Nur so könnte die «Trainingslagermentalität» definitiv in die Geschichte verbannt werden.

Tschopp Peter (R, GE): Je n'ai pas l'impression de vous étonner beaucoup – en tout cas pas ceux qui me connaissent – en vous disant que je n'ai aucun peine à me rallier à l'idée majoritaire que cette initiative doit être rejetée sans contre-projet. Je me contenterai ici de tenter un petit diagnostic politique pour essayer de situer la signification de cette initiative et de vous esquisser brièvement deux ou trois conséquences.

Il a déjà été dit par plusieurs orateurs – je pense à M. Deiss – qu'on peut voir dans cette initiative une espèce de tentative de mise sous tutelle de notre Gouvernement – mise sous tutelle lorsqu'on s'exprime poliment, sabotage de l'autorité du Gouvernement lorsqu'on s'exprime plus crûment. C'est un peu paradoxal puisque beaucoup de ceux qui ont signé cette initiative – j'en suis convaincu – passent leur temps à appeler de leurs vœux un gouvernement fort, un gouvernement qui gouverne, un gouvernement qui développe des visions. J'ai l'impression qu'il est temps, et nous avons aujourd'hui une petite occasion, de cesser d'affaiblir systématiquement le Gouvernement aux yeux de ses partenaires étrangers, indirectement aussi aux yeux de notre population. La faiblesse, voire le ridicule, est quelque chose qui tue, à la longue.

Sur le fond, Messieurs Maspoli et Moser, je crois que vous n'êtes pas très crédibles lorsque vous chantez les avantages de la démocratie directe et que vous concédez de bons sentiments à notre ministre des Affaires étrangères. Non, je crois que ce n'est pas vrai, sinon vous n'auriez pas pris la responsabilité du lancement d'une telle initiative. Vous le critiquez beaucoup plus fortement!

Les conséquences maintenant. Il a été dit, notamment aussi par M. Gysin Remo, que la démocratie veut qu'il y ait une instance – pourquoi pas le Gouvernement, parce que la Landsgemeinde ne s'y prête pas nécessairement pour l'ensemble de la Suisse – qui informe clairement une fois qu'elle a négocié et qu'une décision a été arrêtée. Or, avec cette initiative, on vote avant qu'il y ait eu information, avant qu'il y ait eu négociation. Ça me paraît absurde, car, en procédant ainsi, vous allez déléguer l'information à des gourous qui font des sondages de la bienfaisance desquels vous n'avez aucune sécurité et, comble de l'ironie, vous allez finir par dépendre de l'information de gouvernements étrangers ou de structures, telle la Commission de l'Union européenne à Bruxelles.

Voyez-vous, on l'a dit, l'expérience nous enseigne que nous avons besoin d'informations structurées. Nous avons besoin de «Vordenker». Je ne sais pas si vous êtes tous à même de gérer vos avoirs sans consulter un banquier, si vous savez défendre vos intérêts sans consulter de temps en temps un avocat. Pourquoi est-ce que, à l'échelle de la population, ça serait différent?

Et puis, pour finir, dernière conséquence: ce harcèlement contre notre Gouvernement fait aussi l'affaire de petites intrigues. J'ai été très frappé, puisque M. Raggenbass a soulevé ce problème, d'apprendre qu'un très haut fonctionnaire de la Confédération était à l'origine d'une fuite, comme par hasard!

une fuite concernant une discussion privée qui a eu lieu entre le président de la Confédération et un éminent membre de la Commission de Bruxelles. La fuite était tellement innocente que nous avons passé trois jours à nous préoccuper de l'initiative parlementaire Epiney. Voyez-vous, lorsqu'on désécure le Gouvernement, «on appelle sur le plan» des intriguants.

Schluer Ulrich (V, ZH): Man spricht im Zusammenhang mit der schweizerischen Politik gegenüber Europa oft von Gräben, und es besteht tatsächlich ein Graben. Es besteht ein Graben des Misstrauens, der aufgrund der Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem aussenpolitischen Aktivismus unserer Regierung entstanden ist. Die Initiative, die heute zur Diskussion steht, ist aus diesem Graben des Misstrauens heraus gewachsen. Wir bedauern diese Initiative an sich, weil sie die Diskussion auf ein Nebengeleise lenkt, auf ein Thema bezüglich Gewaltentrennung, das unseres Erachtens nicht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzung steht.

Sie werden jetzt dann dieser Initiative eine Abfuhr erteilen, aber Sie werden damit das Misstrauen, das in diesem Land besteht, nicht beseitigen. Sie haben heute mehrfach gesagt, dass «das letzte Wort dem Volk gehört». Dem ist zuzustimmen, aber dieses letzte Wort ist auch zu respektieren; es ist nicht erträglich, dass das Volk, wenn es das letzte Wort auch in aussenpolitischen Angelegenheiten spricht, von höchster Seite gemassregelt wird. Es kann sein, dass ein solches Wort im Zorn einmal entwischt. Man könnte sich dafür später auch entschuldigen.

Das Misstrauen ist gewachsen, weil das Volk zum EWR nein gesagt hat und der Bundesrat ein halbes Jahr später mit Zustimmung der Parlamentsmehrheit den EU-Beitritt zum strategischen Ziel seiner Politik erklärt hat. Dieser Strategie hat der Souverän eine Absage erteilt. Der Souverän sagt nein zur Einbindung der Schweiz in das zentralistische «Brüssel». Der Souverän steht zum Föderalismus, und der Souverän will, dass die politische Souveränität auch in aussenpolitischen Fragen erhalten bleibt, auch und gerade im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung.

Diese Willensäusserung ist längst klar. Wie wird ihr begegnet? Es wird ihr zum Beispiel im Rahmen der angestrebten Totalrevision der Bundesverfassung dadurch begegnet, dass man die Mitsprache des Souveräns gerade in aussenpolitischen Belangen beschneiden will, weil man ihn etwas gönnerhaft als in solchen Fragen überfordert bezeichnet.

Der Souverän hat nach dem Nein zum EWR meines Erachtens sehr deutlich gemacht, dass der Zeitpunkt des Rückzugs des EU-Beitrittsgehalts gekommen wäre. Man hat diesen Souverän mit dieser Aussage nicht beachtet. Heute muss man die etwas herablassende Belehrung aus Brüssel entgegennehmen, es wäre den bilateralen Verhandlungen möglicherweise dienlich, dieses Gesuch zurückzuziehen.

Hätte man das Volk, das man in aussenpolitischen Dingen manchmal als überfordert betrachtet, vor drei Jahren beachtet, wäre man heute in der Europapolitik vielleicht weiter, als wir es tatsächlich sind. Das Volk hat gespürt, dass man gleichzeitig nur ein einziges Ziel anstreben kann. Man kann nicht gleichzeitig bilateral verhandeln, mit dem «EWR II» liebäugeln und erst noch den EU-Beitritt zum strategischen Ziel erklären. Entweder tut man das eine mit einer klaren Zielsetzung, oder sonst ist die Skepsis des Souveräns berechtigt.

Man sollte diese Skepsis ernst nehmen und sie in die Lagebeurteilung und in die Stellungnahme mit einbeziehen. Auch die Schweiz – und gerade die Schweiz – kann nicht gegen die Bevölkerung Aussenpolitik betreiben. Sie kann Aussenpolitik nur mit der Bevölkerung betreiben.

Herr Bundesrat Cotti, ich fordere Sie auf, dieses Misstrauen ernst zu nehmen und heute ein Antwort auf dieses Misstrauen zu geben, auch wenn Sie diese Initiative aus berechtigten Gründen ablehnen. Schaffen Sie klare Verhältnisse, indem Sie der Bevölkerung einen klaren Kurs in der Europapolitik kenntlich machen. Es genügt allerdings nicht, wenn Sie dies mit einer allgemeinen Stellungnahme tun. Ich bitte Sie um verbindliche Antworten zu konkreten Problemen. Erklä-

ren Sie hier dem Souverän, dass es undenkbar ist und nicht in Frage kommt, dass die Europäische Sozialcharta von der Schweiz ratifiziert wird, ohne dass sie dem Volk zur definitiven Stellungnahme vorgelegt wird. Erklären Sie dem Souverän – in diesem Punkt bin ich mit Herrn Gysin einig –, dass es für uns nicht in Frage kommt, das Abkommen «partnership for peace» zu unterschreiben, ohne dass das Volk seine Zustimmung gegeben hat. Es ist dies der erste Schritt zur Ausweitung der Nato nach Osten. Dieser Schritt – wenn die Schweiz daran teilnehmen will – darf nicht ohne Zustimmung des Souveräns gemacht werden.

Ich bitte Sie, dazu eine klare Stellungnahme abzugeben. Ich glaube, Sie würden damit erreichen, dass das Misstrauen im Volk gegenüber der Aussenpolitik des Bundesrates beseitigt oder mindestens vermindert werden könnte. Der Zeitpunkt für einen neuen Anfang wäre jetzt gegeben.

Jans Armin (S, ZG): Herr Ruf hat in seinem Votum die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, dass allein schon EU-Beitrittsverhandlungen verfassungswidrig seien und einer Selbstaufgabe unseres Landes als unabhängiger Staat gleichkämen. Er hat dabei auf Artikel 2 der Bundesverfassung hingewiesen.

Ich habe mir diesen Artikel angeschaut, Herr Ruf. Er lautet: «Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.» Das ist Ihnen wohlbekannt!

Sie haben einen Punkt herausgegriffen: die Unabhängigkeit. Ich meine – und davon leitet sich die Kompetenzverteilung zwischen Bundesrat, Parlament und Volk letztlich ab –, dass eben alle anderen drei Elemente, insbesondere die Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt, genauso ihren Stellenwert haben und haben müssen.

Ich meine deshalb – das haben die Vorrednerinnen und -redner auch schon gesagt –, dass wir dem Bundesrat keinen Verhandlungsmalkorb verpassen, keine Optionen für die Zukunft verbauen dürfen. Die Mitbestimmungsrechte sind – wie es mehrfach ausgedrückt wurde – gewahrt. Das Volk hat das letzte Wort.

Herr Ruf, eine Bemerkung zu Ihrer Forderung nach einem Gegenvorschlag sei mir erlaubt: Sie wollen nicht nur bei einem EU-Beitritt, sondern schon bei einem EWR-Beitritt, dass vorher das Volk angehört wird und seine Zustimmung erteilen muss. Ich habe mich gefragt: Warum nicht auch bei einem Uno-Beitritt? Wo liegen denn da die Grenzen? Überspitzt könnte man fragen: Darf die Schweizer Fussballnationalmannschaft im nächsten Sommer noch an den Europameisterschaften teilnehmen, oder müssen wir darüber zuerst eine Volksabstimmung durchführen?

Zur Aussage von Herrn Schluer, den Graben des Misstrauens zwischen Volk und Regierung betreffend: Ich stimme mit Ihnen in dem Sinne überein, dass es Meinungsunterschiede und auch bestimmte Verständnisprobleme zwischen Regierung und Volk gibt. Ich möchte Sie aber fragen: Welches ist Ihr Beitrag, und welches ist der Beitrag Ihrer Partei im Rahmen der bilateralen Verhandlungen – Stichwort: freier Personenverkehr –, um diesen Graben zu überwinden? Ich sehe, dass Sie zu diesem Graben von Misstrauen zwischen Volk und Regierung auch Ihren Beitrag geleistet haben. Ich hoffe, dass Sie keinen mehr leisten werden.

Ich empfehle Ihnen, die Volksinitiative und den Rückweisungsantrag Ruf abzulehnen.

Mühlemann Ernst (R, TG): Unsere Europapolitik gleicht jetzt einem Trauerspiel. Der Bundesrat ist mitten in den sehr schwierigen bilateralen Verhandlungen, die durchaus nicht abgeschrieben werden dürfen. Es bestehen berechnete Hoffnungen, dass man hier mit aller Energie zum Erfolg kommen kann.

Ich staune, wie von links und rechts bekräftigt wird, man wolle diese Politik unterstützen. Das hindert aber die meisten nicht daran, irgendwelche europapolitischen Raketen abzuschliessen, die kreuz und quer durcheinandergehen und ein wun-

derbares Feuerwerk darstellen. Glauben Sie denn tatsächlich, unser Volk werde durch dieses Feuerwerk gescheitert und werde uns dann zustimmen, wenn wir irgendeine ausserpolitische Vorlage bringen? Unser Volk ist heute in dieser Frage zutiefst verunsichert. Alles, was wir tun, ist vielleicht gut gemeint, aber Wollen allein genügt nicht, es müsste ausserpolitisches Können dazukommen.

Diese Fata-Morgana-Spiele mit einem «EWR II», diese Initiative «für unsere Zukunft im Herzen Europas» und diese Lega-Initiative: das sind wahrhaftig keine Unterstützungsaktionen in der Aussenpolitik. Der Bundesrat hätte es dringend nötig, dass wir hinter ihm stehen würden und einmal die Gnade und die Geduld hätten, abzuwarten, was als Ergebnis erscheint.

Ich glaube nicht, dass diese Initiative nur zum falschen Zeitpunkt kommt. Sie ist auch in der Stossrichtung falsch, denn sie führt schliesslich in eine ausserpolitische Sackgasse, wo es nicht mehr weitergeht. Es gibt keinen Grund, uns vorzugaukeln, das Volk müsse stärker in die Aussenpolitik einbezogen werden. Es gibt kein Volk der Welt, das in der Aussenpolitik mehr Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte hat als dieses Volk. Wo gibt es denn ein Staatsvertragsreferendum? Warum haben wir immer tausend Ängste vor einem Vollbeizritt zur EU? Hier entscheidet am Schluss das Volk und niemand anders, und ich bin stolz darauf, dass es so ist. Aber wir dürfen das Volk auch nicht überschätzen.

Wir sind alle zusammen Weltmeister in der Innenpolitik. Da verstehen wir alles, und das Volk begreift es auch, weil es sieht, was Innenpolitik ist. Aber in der Aussenpolitik leben wir von der Sekundärwirklichkeit der Medien. Denken Sie nur daran, welche Irrtümer über die Russlandfrage verbreitet werden, nur weil man nicht dort war und die Situation nicht sah. Der Bundesrat ist nach der Verfassung dazu bestimmt, die Aussenpolitik zu führen, und das ist richtig so. Dem Parlament ist in der Verfassung noch die Neutralitätspolitik überantwortet. Wir haben dadurch eine leise Chance, beim Bundesratsentscheid mitzureden.

Ich bin sehr froh, dass wir seit dem EWR-Nein in den Aussenpolitischen Kommissionen nicht nur das Informations-, sondern auch das Mitberatungsrecht haben. Es ist das Verdienst unseres Aussenministers Flavio Cotti, dass die Aussenpolitischen Kommissionen seither äusserst kooperativ mit dem Bundesrat zusammenarbeiten und ihre Ideen einbringen können. Letztlich sind sie dann aber auch für die richtige Übersetzung beim Volk verantwortlich.

Ich befürchte, dass sich das Volk bei solchen Debatten, wie wir sie jetzt führen, wo von Herrn Schlüter sogar die Nato-Ost-Erweiterung noch ins Spiel gebracht wird, am Schluss fragen wird, wohin die Fahrt geht. Wenn es nicht weiss, wohin die Reise geht, dann sagt es nein – zu Recht. Das wollen Sie ja wahrscheinlich. Darum müssen wir diese Initiative ablehnen.

Halten wir uns doch wieder einmal an Perikles: «Jedes System geht an seiner Übertreibung zugrunde» – sogar die direkte Demokratie.

Rychen Albrecht (V, BE), Berichterstatter: Ich gehe kurz auf zwei, drei Voten ein.

Herr Ruf, als einer der Initianten, hat festgestellt, dass das Resultat schon bei der Aufnahme der Verhandlungen klar sei. In einem Teil hat er durchaus recht: Wenn man in einen Verein eintritt, sind die Statuten schon da, und man muss sie respektieren. Trotzdem müssen Verhandlungen stattfinden. Das haben alle Länder durchgemacht, die beigetreten sind. Sogar wenn die EU in der Integration einen Schritt weiter geht, müssen in EU-Ländern zum Teil Abstimmungen stattfinden, siehe Dänemark, Frankreich und andere. Das heisst, dass doch Verhandlungen stattfinden müssen und dass die Resultate noch nicht voll vorliegen, wenn sie beginnen. Im Gegenteil, man kann erst am Schluss eine Beurteilung vornehmen.

Für die Kommission ist es entscheidend, dass die Volksrechte bestehenbleiben und bei der wichtigen Frage eines allfälligen EU-Beitritts das Volk und auch die Stände auf jeden Fall abstimmen können.

Interessant war, dass in der Debatte zwei-, dreimal andere internationale Organisationen in die Diskussion eingebracht wurden, zum Beispiel die «partnership for peace» der Nato oder die Sozialcharta des Europarates. Wenn man das Wort «Unabhängigkeit» eines Landes genau definieren möchte, müsste man ehrlicherweise zugeben, dass es sehr verschieden definiert werden kann und dass nicht nur bei einem allfälligen EU-Beitritt die Frage der Unabhängigkeit tangiert wird, sondern auch in den angetönten Fällen. Ein weiteres Beispiel wäre das Gatt/WTO. Auch wenn das unterschiedlich beurteilt wird, ist es diskutabel, wieweit solche Beitrittsverhandlungen auch Teile der Unabhängigkeit und Souveränität betreffen. Folglich die Frage an die Initianten: Warum muss das Volk nur gerade beim EU-Beitritt die Verhandlungen bewilligen? Man müsste, wenn schon, konsequent sein und sagen, das müsse für alle supranationalen Organisationen gelten. Es ist eine Schwäche dieser Initiative, dass sie einfach ein Thema herausnimmt.

Jene Votanten, die von einer Protestbewegung sprechen, haben wohl recht. Es ist eine Art Protest von über 100 000 Bürgerinnen und Bürgern.

Herr Moser hat das Wort geprägt: «Was ist eigentlich noch schweizerisch an dieser Schweiz?» Zumindest diese Debatte hier und heute ist sehr schweizerisch. Es ist so, dass wir hier seit zwei Stunden darüber streiten, ob dieses Volksbegehren anzunehmen oder abzulehnen sei. Wir streiten in voller Offenheit, und ich glaube auch recht korrekt darüber. Über 100 000 Schweizerinnen und Schweizer haben ein Verfassungsrecht wahrgenommen. Das wurde von niemandem bestritten. Selbst wenn dieses Parlament diese Initiative mit grosser Mehrheit ablehnt, muss sie vors Volk kommen, wenn sie die Initianten nicht zurückziehen, d. h., es findet eine Volksabstimmung statt. Der ganze Vorgang, der heute stattfindet, bis hin zur Volksabstimmung, ist ganz typisch schweizerisch. Das findet in keinem anderen Staat statt.

Deshalb, Herr Moser: Mindestens das, was hier abläuft, ist sehr schweizerisch. Ich finde es persönlich auch gut. Ich möchte eigentlich auch danken. Die Debatte hat aus meiner Sicht doch den nötigen Respekt vor dieser Verfassungsinitiative gezeigt.

Zum Antrag Ruf auf Rückweisung an den Bundesrat kann die Kommission klar Stellung nehmen. Wir sind ganz eindeutig gegen einen Gegenvorschlag und empfehlen Ihnen deshalb Ablehnung des Antrages Ruf.

Der Antrag Keller (vgl. Detailberatung) will im Initiativtext das Wort «EG» durch das Wort «EU» ersetzen. Wir haben in der Kommission darüber nicht gesprochen, aber ich glaube, ich darf im Namen der Kommission sprechen und sagen: Das ist eine sachlich absolut vernünftige Änderung, wir können ihr zustimmen.

Zum Schluss: Die Kommission lehnt den Inhalt dieser Initiative mit 20 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Ich möchte Sie auf folgendes aufmerksam machen: Auch erklärte EU-Gegner sind gegen diese Initiative, weil es nicht um die Frage «EU, ja oder nein?» geht, sondern um Kompetenzverschiebungen, die sie nicht als sinnvoll anschauen.

Die heutige Ordnung garantiert dem Schweizervolk in jedem Falle, dass es bei dieser entscheidenden ausserpolitischen Frage das letzte Wort hat. Deshalb bitten wir Sie, diese Initiative, die unnötig ist, abzulehnen und Volk und Ständen zur Verwerfung zu empfehlen.

Ruffy Victor (S, VD), rapporteur: Dans le débat, M. Scherrer Werner a très bien décrit la genèse de cette initiative. C'était un mouvement d'humeur, c'était un mouvement d'opposition à la politique menée par le Conseil fédéral. Je crois qu'on doit reconnaître tout à fait le droit au peuple de manifester son opposition vis-à-vis d'une tendance qu'il juge négative.

Simplement, à partir de ce mouvement d'opposition, ce mouvement de protestation, il est résulté une initiative dont le contenu – M. Rychen l'a soulevé – est limité à un élément de la politique étrangère, soit le rapprochement et l'intégration à l'Union européenne, et dont le contenu remet en question d'une telle façon la répartition des compétences que la solution proposée est considérée comme impraticable.

Monsieur Scherrer, c'est vrai que le ton est un petit peu monté parfois, mais je trouve que le débat, effectivement, portant sur une question essentielle, est en général resté dans les limites de la courtoisie. Finalement, Monsieur Moser, vous qui apparteniez au Parti des automobilistes et maintenant au Parti de la liberté, vous avez l'habitude de changer d'étiquette; je parle au nom du Parti socialiste suisse, de tendance sociale-démocrate, et je ne connais pas l'appellation «SokoF» jusqu'à nouvel avis. Je vous signale en passant qu'il y a des communistes en Europe qui sont tout à fait opposés à l'Union européenne.

Il faut revenir aux propos de MM. Maspoli et Ruf, parce qu'ils situent en quelque sorte le niveau du débat. Monsieur Ruf, vous avez insisté, un moment donné, pour dire que l'initiative était le résultat d'un choix des Démocrates suisses et de la Lega dei Ticinesi. Mais vous avez parlé de manipulations, des craintes que vous aviez devant les manipulations qui pouvaient être celles du Gouvernement, dans l'information au peuple.

M. Maspoli, lui, a déclaré très fermement que M. le conseiller fédéral était de bonne foi. Comment peut-on à la fois déclarer que le représentant du Gouvernement chargé de la politique étrangère est de bonne foi, et redouter la manipulation? C'est ça le problème.

Je crois que nous partons de l'idée – et nous avons même la conviction – qu'aujourd'hui, dans la politique étrangère, le Conseil fédéral est de bonne foi. Et nous partons de l'idée que le peuple suisse est suffisamment éclairé pour décider si oui ou non le projet proposé par un conseiller fédéral ou par un Conseil fédéral de bonne foi est valable ou non. Le peuple a dit non à l'Espace économique européen. Nous n'avons pas voulu changer du tout les règles institutionnelles. Il aura toujours la possibilité de dire si oui ou non il est d'accord avec le projet qu'on lui propose.

Je soulignerai une question de détail. M. Frey Walter a de nouveau mis en évidence l'importance de la simultanéité des initiatives à traiter. Je me répète, Monsieur Frey, mais si la commission a jugé qu'il n'était pas nécessaire de traiter aujourd'hui l'initiative dite des jeunes, c'est-à-dire celle du mouvement Né le 7 décembre, c'est que ce mouvement a, actuellement, soumis aux signatures une nouvelle initiative, et qu'elle pourrait annuler la première, si elle aboutissait. Cela est une raison tout à fait logique. Voici l'explication que la commission a retenue dans la distinction des deux objets. Je termine en disant encore une fois que la commission a été, à une très forte majorité, 20 voix contre 1 et avec 2 abstentions, pour rejeter cette initiative populaire ainsi que tout contre-projet.

Maspoli Flavio (F, TI): Signor Ruffi, l'ho detto e lo ripeto, che credo nella buona fede del consigliere federale Cotti. Questo però non vuol dire che la Commissione della politica estera, che il Parlamento e che la stampa non abbiano fatto delle manipolazioni non indifferenti. Voi avete a vostro favore, a favore dell'Europa, tutta la stampa, e 90 per cento di questo Parlamento, mentre il popolo ha respinto sia lo Spazio economico europeo che il progetto dei caschi blu che era chiaramente un passo verso l'Europa. Il popolo ha detto di no all'ONU e ha detto di no tutte le volte che si trattava di perdere anche solo un briciolo di sovranità e di autonomia.

Ecco dove sta la manipolazione, collega. Il popolo è chiaramente di un'opinione, mentre la stampa ed il Parlamento vogliono spingerlo a fare delle altre cose.

Del resto, il collega Mühlemann lo ha ammesso chiaramente. Non c'è quindi nessuna contraddizione tra il credere nella buona fede del consigliere federale Cotti e l'affermare che sono state fatte delle manipolazioni anche gravi.

Ruffi Victor (S, VD), rapporteur: Monsieur Maspoli, je crois qu'on parle de deux choses différentes. Il est évident que vous pouvez avoir une majorité ici dans le Parlement, dans la presse, et que le peuple se prononce différemment. Alors ça veut dire que la manipulation est très mal faite, si vous voulez, c'est possible! Mais le peuple a toute notre confiance, et quand il décide, c'est le souverain, on se soumet à son ver-

dict. C'est la preuve que cette garantie est suffisante, même si elle doit se retourner contre les thèses que nous défendons. Je reste convaincu de l'intérêt de l'adhésion de la Suisse à l'ONU; je reste convaincu de l'intérêt politique, autant qu'économique, de l'entrée de la Suisse dans l'Union européenne. J'accepte tout à fait que le peuple ne soit pas d'accord avec moi, il ne me reste plus qu'à le convaincre: tout seul, c'est un peu difficile! Je ne compte peut-être pas sur votre parti, mais sur un certain nombre de forces qui doivent se mobiliser davantage.

Cotti Flavio, conseiller fédéral: L'initiative qui a été discutée ce matin présente tellement de lacunes au niveau formel et constitutionnel qu'il ne sera certainement pas nécessaire pour moi de m'expliquer très longuement, suite au consensus presque unanime pour la combattre. Je répéterai simplement quelles sont les compétences traditionnelles de notre pays en matière de politique étrangère.

La réalité est qu'en Suisse comme dans tous les autres pays du monde, l'ouverture de négociations – dont on ignore tout: quelle en sera l'évolution, quelle en sera la conclusion – est de la compétence du Gouvernement, qui a la charge primaire de la politique étrangère. Mais finalement, et c'est là l'unicité de notre pays, en politique étrangère aussi, c'est le peuple qui a le dernier mot dans tous les cas importants.

La chose est tellement évidente que je ne pense pas devoir approfondir trop la matière. Au lieu de vous rappeler la constitution, permettez-moi simplement de vous rappeler la logique. La logique qui veut quoi? Au moment où on ouvre les négociations, où on prépare peut-être des mois ou des années de débats avec son partenaire en négociations, on ignore quelle sera l'évolution des négociations, on ignore même si on arrivera au bout de ces négociations et quel en sera le résultat final. A ce moment-là, l'ouverture des négociations ne signifie rien d'autre qu'une certaine ligne de conduite; ainsi donc – et je m'adresse ici à MM. Ruf et Maspoli, qui sont des personnes qui reconnaissent la bonne foi, mais auxquelles je reconnais aussi le sens de la logique –, le moment essentiel est celui où nous aurons sur la table les résultats des négociations, et où on pourra les évaluer tranquillement. L'évaluation sera faite par le Conseil fédéral et par le Parlement et, finalement, par le peuple suisse, qui a le dernier mot, on l'a dit fort justement; non pas le premier mot, qui ne compte pas, mais le dernier mot, lorsque le résultat de la négociation est acquis.

Cela me paraît tellement logique et inévitable dans la poursuite d'une réflexion, que je ne crois vraiment pas nécessaire de continuer la discussion. Je m'arrêterai ici, car on aura de la peine à convaincre ceux qui ne veulent pas comprendre. Mais je n'ai pas de doute que notre structure de démocratie directe, absolument correcte, linéaire, traditionnelle, se justifie et se confirme une fois encore.

C'est pourquoi l'initiative populaire ne pourra être que largement refusée.

Ici, je m'arrêtera probablement, car, à part quelques interventions, la discussion a permis d'éviter un grand débat européen qu'il n'y avait pas lieu de tenir aujourd'hui. Ainsi, je vous renvoie simplement à un futur débat européen, qui aura certainement lieu dans cette salle, à la conclusion des négociations bilatérales, et qui sera alors un débat approfondi dont le but sera de fixer non seulement le futur de nos relations avec l'Europe, mais aussi le futur de la Suisse. Car les relations de la Suisse avec l'Europe vont largement dessiner notre propre futur.

Je vous renvoie donc simplement à ce débat, non sans avoir fait tout de même deux ou trois observations sur des questions soulevées dans le débat et qui nécessitent déjà aujourd'hui une certaine réponse.

Ich bedaure, dass Herr Schluer nicht mehr im Saal ist. Gewisse seiner Aussagen kann ich nicht stehenlassen. Ich muss sie mit einigen Feststellungen erwidern.

Herr Schluer dazu ruft auf: Respektiert die Volksmeinung! Wir führen harte bilaterale Verhandlungen – weshalb? Weil das Schweizer Volk im Dezember 1992 nein zum EWR gesagt hat. Hätten Sie das anerkannt, Herr Schluer, wären Sie

etwas glaubwürdiger gewesen. Alle bilateralen Verhandlungen, die wir führen, sind nur eines: die Konsequenz eines Volksentscheides, zu dem der Bundesrat, wie es sein muss, voll und ganz steht. Sie haben von einem langfristigen Ziel gesprochen. Der Bundesrat muss auch langfristige Strategien aufzeigen. Das gehört zu seiner verfassungsmässigen Aufgabe, Herr Schlürer. Hätten Sie das gesagt, dann wären Ihre Behauptungen auch etwas glaubwürdiger gewesen. Auch hätten Sie nicht verschweigen dürfen, dass im Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren vom Bundesrat die Bedingungen für das Erreichen des Ziels klar dargestellt werden, nämlich: dass die innenpolitischen Bedingungen dazu erfüllt sein müssen.

Sie sprechen von der Verunsicherung des Schweizervolkes, Herr Schlürer. Gestatten Sie mir ein Wort dazu; die Diskussion über die Europafrage kommt später. Ich bin davon überzeugt, dass das Schweizervolk verunsichert ist. Es ist besonders wegen der wirtschaftlichen Entwicklung, wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit verunsichert. Diese Elemente lassen tatsächlich «grosse Fragezeichen» tief in der Seele unseres Volkes entstehen. Schon heute möchte ich Ihnen sagen, Herr Schlürer: Wenn die Antwort auf diese schwierigen Probleme die Abkapselung der Schweiz wäre, wie Sie sie befürworten, wenn die Antwort sein müsste, dass die Schweiz einfach protektionistisch zuzusperren und abzuschliessen sei – in der Annahme, nur Barrieren könnten uns retten –, dann wären wir meines Erachtens weit von einer Lösung entfernt.

Immerhin bin ich sehr dankbar dafür, dass Sie mindestens das OSZE-Präsidium nicht angeprangert haben. Herr Schlürer, lassen Sie den Bundesrat seine Arbeit machen. Sie müssen ja auch Ihre Arbeit machen; ohne eine gewisse Volksverunsicherung wäre der Grundbestand Ihrer Tätigkeit in Frage gestellt.

Die bilateralen Verhandlungen sind ausserordentlich schwierig, das bestätige ich Ihnen. Sie waren noch nicht in diesem Saal, Herr Schlürer, als zu Beginn der bilateralen Verhandlungen Herr Delamuraz und ich selber auf die grossen Schwierigkeiten derselben hinwiesen. Eines kann ich Ihnen aber sagen: Diese Schwierigkeiten entstehen nicht etwa aus dem strategischen Ziel. Ich kann Ihnen Dutzende von europäischen Politikern mit Namen und Vornamen nennen, welche dieses Ziel sehr schätzen. Diese Schwierigkeiten stammen eher – das muss ich in diesem Saal sehr laut sagen – aus der systematischen Verunglimpfung, die von gewissen Kreisen in diesem Lande gegen die EU getrieben wird: gegen die EU, von der man in den bilateralen Verhandlungen dann Konzessionen erwartet.

Die Diskussion über die Europapolitik wird weitergehen. Heute musste ich jedoch mindestens Klarheit über einige elementare Dinge schaffen. Den Rest werden wir in diesem Saal später diskutieren – ich hoffe wirklich im Sinne dessen, was die Herren Maspoli, Epiney, Carobbio und Scherrer Werner erwähnt haben: im Sinne eines gegenseitigen Respektes, im Sinne eines Versuches, einander entgegenzukommen, bei aller Legitimität der verschiedenen Meinungen.

Ich höre jetzt auf und gebe Ihnen Rendezvous zu dieser substantiellen Diskussion.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Ruf

Dagegen

8 Stimmen

152 Stimmen

Bundesbeschluss betreffend die Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Négociations d'adhésion à la CE: que le peuple décide!»

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Keller

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber die Abkürzung «EG» überall durch die neue Abkürzung «EU» ersetzen.

Schriftliche Begründung

Es ist – wie dies bei der Asyldebatte letzte Woche wieder bestätigt wurde – Usanz, Titel und inhaltliche Formulierungen von Volksinitiativen so zu übernehmen, wie es die Initianten vorsehen. Als Schweizer Demokraten und Lega dei Ticinesi diese Volksinitiative mit dem Titel «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk! – Für eine freie Schweiz» lancierten, nannte sich die heutige «EU» noch «EG» (Europäische Gemeinschaft). Die Initianten konnten bei der Lancierung der Volksinitiative nicht wissen, dass sich die «EG» in «EU» umbenennen wird. Deshalb beantrage ich, das Wort «EG» in «EU» zu ändern. Dies ändert weder am Sinngehalt des Titels noch am eigentlichen Inhalt der Volksinitiative etwas.

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Keller

Adhérer au projet du Conseil fédéral, mais remplacer partout «CE» par la nouvelle abréviation «UE».

Le président: M. Keller propose de remplacer les termes CE par UE. Il s'agit d'une simple modification formelle. Selon l'avis de la Chancellerie fédérale il y a déjà deux cas dans l'histoire où l'on a accepté une modification formelle de ce genre. Les rapporteurs acceptent la proposition Keller.

Angenommen gemäss Antrag Keller

Adopté selon la proposition Keller

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Ruf

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Ruf

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative populaire.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

Für den Antrag Ruf

159 Stimmen

7 Stimmen

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 0323)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Alder, von Allmen, Aregger, Banga, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäuml, Béguelin, Berberat, Binder, Bircher, Blaser, Bonny, Borel,

Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Caccia, Carobbio, Cavadini Adriano, Christen, Comby, Couchepin, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Dormann, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fehr Lisbeth, von Felten, Filliez, Fischer-Hägglingen, Föhn, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gadiant, Giezendanner, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner, Hasler, Herczog, Hess Otto, Hilber, Hochreutener, Hubacher, Hubmann, Imhof, Jans, Jeanprêtre, Jöri, Jutzet, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leu, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maurer, Maury Pasquier, Meier Hans, Meier Samuel, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Nebiker, Oehrli, Ostermann, Pelli, Philipona, Pini, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Scheurer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Semadeni, Simon, Spielmann, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiner, Strahm, Straumann, Stucky, Stump, Suter, Thanei, Thür, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, Vollmer, Weber Agnes, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (156)

Dagegen stimmen – Rejetten le projet:

Gusset, Keller, Maspoli, Ruf, Scherrer Werner, Steffen, Steinemann (7)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Schmied Walter (1)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aeppli, Bangerter, Baumberger, Bezzola, Blocher, Bodenmann, Bühler, Cavalli, Chiffelle, Columberg, Diener, Dreher, Fehr Hans, Fischer-Seengen, Freund, Gross Andreas, Hammerle, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Peter, Hollenstein, Ledergerber, Leemann, Meyer Theo, Pidoux, Rechsteiner Rudolf, Schenk, Scherrer Jürg, Schlüer, Speck, Steinegger, Teuscher, Theiler, Ziegler, Zisyadis (35)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Leuba (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.3088

**Motion Fraktion
der Schweizerischen Volkspartei
Korrektur
der aussenpolitischen Ausrichtung
Motion groupe
de l'Union démocratique du centre
Politique extérieure.
Nouvelle orientation**

Wortlaut der Motion vom 9. März 1994

Der Bundesrat wird beauftragt, seine aussenpolitische Strategie im Interesse unseres Landes vermehrt auf die weltweite Zusammenarbeit auszurichten und diese innenpolitisch abzustimmen.

In den Beziehungen mit der EU und den europäischen Staaten ist eine umfassende Kooperation auf der Basis von Soli-

darität und Gegenseitigkeit anzustreben. Dies bedeutet insbesondere:

- die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der EU ohne das strategische Ziel eines Beitritts;
- die Intensivierung der bilateralen Verhandlungen;
- die Offenhaltung des aussenpolitischen Handlungsspielraumes für die Zukunft, insbesondere auch gegenüber der EU;
- das Festhalten an der dauernden, bewaffneten Neutralität als aussenpolitischem Mittel zur Wahrung der Unabhängigkeit und Sicherheit unseres Landes.

Texte de la motion du 9 mars 1994

Le Conseil fédéral est chargé, dans l'intérêt de notre pays, d'axer davantage la stratégie de sa politique extérieure sur la coopération mondiale et de l'harmoniser avec sa politique intérieure.

Dans les rapports avec l'UE et les autres Etats européens, il oeuvrera en faveur d'une coopération globale, fondée sur la solidarité et la réciprocité. Pour y parvenir, il lui faudra notamment:

- poursuivre la coopération avec l'UE sans viser d'y adhérer;
- intensifier les négociations bilatérales;
- conserver sa marge de manoeuvre actuelle en matière de politique extérieure, en particulier à l'égard de l'UE;
- maintenir la neutralité permanente et armée comme instrument de politique extérieure permettant d'assurer l'indépendance et la sécurité de notre pays.

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 18. Januar 1995

In seinem Bericht vom 29. November 1993 über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren teilt der Bundesrat die Ansichten der Urheber der Motion hinsichtlich der Zielsetzung einer weltweiten, auf Solidarität und Gegenseitigkeit basierenden Zusammenarbeit.

Was die weltweite Zusammenarbeit angeht, so misst der Bundesrat dieser wie die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei grosses Gewicht bei. Er unterscheidet indes zwischen dem europäischen und dem globalen Umfeld und weist darauf, dass die geographische Lage eines jeden Landes bei der Verwirklichung von dessen aussenpolitischen Zielen einen bedeutenden Faktor darstellt.

Der Bundesrat ist ebenfalls der Ansicht, es bedürfe einer Harmonie zwischen Aussen- und Innenpolitik. In seinem Bericht widmet er diesem Aspekt ein Kapitel und unterstreicht dabei die Wichtigkeit, die er der besseren Information der Bevölkerung und der Verstärkung des Dialoges mit dem Parlament und den Kantonen beimisst.

Was die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union angeht, so ist der Bundesrat um ein auf Solidarität und Gegenseitigkeit gestütztes Vorgehen bemüht. Er geht, wie die Motionäre, von der Notwendigkeit aus, einerseits die Zusammenarbeit mit der EU fortzusetzen und die bilateralen Verhandlungen zu intensivieren, andererseits aber den aussenpolitischen Handlungsspielraum zu bewahren sowie die dauernde und bewaffnete Neutralität beizubehalten.

Die Motionäre werden festgestellt haben, dass der Bundesrat seit Januar 1993 alles unternommen hat, um den bilateralen sektoriellen Verhandlungsprozess in Gang zu bringen. Dem Erfolg dieser Verhandlungen gilt sein ganzer Einsatz.

Der Bundesrat hält am EU-Beitritt als dem strategischen Ziel der Integrationspolitik fest. Die Gründe für diese Zielsetzung sind im Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren enthalten, der im Parlament ausführlich diskutiert wurde.

«EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!». Volksinitiative

«Négociations d'adhésion à la CE: que le peuple décide!». Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1996
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.061
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.03.1996 - 08:35
Date	
Data	
Seite	454-469
Page	
Pagina	
Ref. No	20 040 001

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.